E&W
Erziehung & Wissenschaft
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 10/2026



# GLOBALES LERNEN

Zusammenhänge erkennen

Verschiedene Perspektiven einnehmen

Kritisch denken

Eigene Handlungsmöglichkeiten entwickeln

## MEHRARBEIT RECHTENS

Ein Schulleiter scheiterte vor dem Bundesverwaltungsgericht mit seiner Klage gegen Überlastung. **Seite 28**

## BRÜCKENBAUER

Eine Beratungsstelle in München setzt sich für die Bildungschancen junger Sinti und Roma ein. **Seite 34**

## GESPALTENE JUGEND

Die Schulform spielt bei der politischen Sozialisation in der Pubertät eine große Rolle. **Seite 38**



SIGNAL IDUNA
füreinander da

# Zahlt auch ohne Unfall – der Unfallschutz von SIGNAL IDUNA.

## Unsere Philosophie: Schützen. Unterstützen. Auffangen.

Ob Schwimmkurs, Fahrradhelm oder Fahrsicherheitstraining – Damit es im besten Fall erst gar nicht zu einem Unfall kommt, investieren wir in Ihre Sicherheit und beteiligen uns mit dem Sicherheitsbudget jedes Jahr an den Kosten Ihrer Präventionsmaßnahmen. Und wenn doch einmal was passiert, lotsen wir Sie aktiv durch den Genesungsprozess und zahlen umfangreiche finanzielle Hilfen zum bestmöglichen Erhalt Ihres Lebensstandards.

**SIGNAL IDUNA Gruppe**
**Öffentlicher Dienst**
**Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund**
**Telefon 0231 135-2551**
**oed-info@signal-iduna.de**

# INHALT

**Impressum** **3**
**Prämie des Monats** **5**

## Gesellschaftspolitik
GEW-Kommentar: AfD-Wahlerfolge – eine Zäsur 4
Projekt in München für Sinti und Roma 34

Schwerpunkt

## Globales Lernen
Bildung für nachhaltige Entwicklung im Schulalltag 6



Lehrpläne: Fehlende Verbindlichkeit 12
Praxistipps von Lehrkräften für Lehrkräfte 14
Interview: Digitale Schulbegegnungen 18
Gastkommentar: Nachhaltigkeit macht Schule 20

## Hochschule und Forschung
Rechte Anfeindungen: Wissenschaft unter Druck 22

## Bildungspolitik
Bildungsfinanzierung: Steuererhöhungen nötig 24

## Schule
PISA-Schock 2.0 26
Studie: Politische Sozialisierung in der Schule 38

## Hintergrund: Arbeitszeiterfassung
Bundesverwaltungsgericht: Mehrarbeit rechtens 28
Porträt: Der Mann, der die Zeit festhielt 30

## Tarif- und Beamtenpolitik
Deutscher Betriebsrätepreis: Elbkinder geehrt 40



## Berufliche Bildung und Weiterbildung
DGB-Ausbildungsreport: Psychisch am Limit 42

## Auf einen Blick 44

## Nachruf
Hans Traxler: Ein Künstler für die Bildung 45

## Mitgliederforum 46

## Diesmal 48

**Impressum**
Erziehung und Wissenschaft · 78. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

**Herausgeberin**
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

**Redaktion**
Paul Eschenhagen (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

**Gestaltung**
Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

**Anzeigen**
Werbeagentur Zimmermann GmbH
Kurhessenstraße 14, 60431 Frankfurt am Main
www.erziehungundwissenschaft.de
**Anzeigenschluss:** am 5. des Vormonats

ISSN 0342-0671

**Druck und Versand**
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: **www.gew.de/ew**

MAIKE FINNERN

GEW-Vorsitzende

KOMMENTAR

# AFD-WAHLERFOLGE: EINE ZÄSUR – AUCH FÜR DIE GEW

*Die Landtagswahlen im September stellen eine politische Zäsur in Deutschland dar, die die GEW vor große Herausforderungen stellt.*

In Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern ging erstmals seit 1945 mit der AfD eine rechtsextreme Partei als stärkste politische Kraft aus den Wahlen hervor. In Sachsen-Anhalt droht die Gefahr, dass künftig dort eine Partei regiert, die demokratische Grundprinzipien dieser Gesellschaft wie Presse- und Meinungsfreiheit sowie Rechte von Minderheiten offen angreift und abschaffen will, eine Partei, die alles daransetzt, unsere demokratische Gesellschaft zu zersetzen. Auch in der Bildungspolitik setzt die AfD auf Ausgrenzung und Hass. Sie wird nicht müde, zu behaupten, dass Menschenrechte teilbar seien, und den Mythos der Neutralität zu verbreiten. Rhetorik und Politik der AfD gefährden insbesondere Migrant*innen und Angehörige der queeren Community.
Die Wahlergebnisse fordern die Gewerkschaften und damit auch die GEW besonders heraus. Das vergleichsweise niedrige Ergebnis der AfD in Berlin kann kein Anlass zur Beruhigung sein. Im Gegenteil, in allen drei Bundesländern sind die Wahlergebnisse auch Ausdruck einer zunehmenden Polarisierung und Spaltung unserer Gesellschaft. Und diese Spaltung ist ganz klar Ziel und Ergebnis des Auftretens der AfD. Die Gewerkschaftsbewegung steht aufgrund ihrer Geschichte für Werte wie Solidarität, Toleranz und Pluralismus, sie tritt für Minderheitenrechte und demokratische Teilhabe ein und lehnt deshalb den von AfD-Politiker*innen propagierten autoritären Gesellschaftsbegriff ab.
Die Wahlergebnisse der AfD sind aber noch in anderer Hinsicht eine Zäsur. In Sachsen-Anhalt trauten laut Wahlanalysen rund 30 Prozent der AfD-Wähler*innen am ehesten der AfD zu, die Probleme in Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Sicherung der Arbeitsplätze und der Bildungspolitik zu lösen. Bei den Arbeiter*innen lag die Partei mit 61 Prozent der Stimmen deutlich über dem Gesamtergebnis von 43,8 Prozent. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wählten mit 52 Prozent der Arbeiter*innen überproportional viele von ihnen die AfD. Damit setzte sich der Trend vergangener Wahlen fort: Die AfD gewinnt ausgerechnet bei jenen an Zustimmung, die bei einer Umsetzung ihrer Politik von dieser besonders negativ betroffen wären. So versprach die AfD Sachsen-Anhalt in ihrem Wahlprogramm zwar einzelne populäre Entlastungen wie ein kostenfreies Deutschlandticket für Schüler*innen oder die Beitragsfreiheit für Kitas ab dem ersten Kind, ist aber laut einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) stärker als alle anderen Parteien gegen einen starken Sozialstaat positioniert. Viele der versprochenen Entlastungen sind zudem nicht durch höhere Einnahmen gegenfinanziert und würden, damit sie bezahlt werden können, zu weiteren Kürzungen bei Schulen, Hochschulen, Kitas und der Sozialarbeit führen.
Die Gründe, die Menschen dazu bringen, eine mindestens in Teilen rechtsextreme Partei zu wählen, sind vielfältig. Im Kern sind es aber drei Dinge, die der AfD die Wähler*innen zutreiben: Sozialabbau und damit verbunden die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, die marode staatliche Infrastruktur – sei es in der Verwaltung, im Verkehrssektor oder im Bildungsbereich – sowie die Großkrisen unserer Zeit. Die Covid-19-Pandemie und die Maßnahmen, die zu ihrer Bekämpfung notwendig waren, haben tief in den Alltag und die Grundrechte der Bürger*innen eingegriffen; der von Russland geführte Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert das Ende der seit 1945 bestehenden Weltordnung; der sich zuspitzende Konflikt zwischen der EU und der Trump-Regierung in den USA gefährdet den Wohlstand auch in Deutschland und vor allem sind es die immer deutlicher werdenden Folgen des Klimawandels, die viele Menschen verständlicherweise tief verunsichern und bei ihnen Ängste auslösen.
Auf diese Herausforderungen müssen wir gemeinsam Antworten finden. Den einen Weg wird es nicht geben, aber klar ist: Lösungen können wir, können die Gewerkschaften und kann die GEW nur gemeinsam mit vielfältigen Bündnispartner*innen finden.

# PRÄMIE DES MONATS

## Oktober: Akupressur-Set mit Matte und Kissen

Ideale Entspannung für Körper und Geist –
Akupressur-Set für Kopf-Nacken im passenden Tragebeutel




**Mitmachen lohnt sich!**
**Ein neues GEW-Mitglied werben und Deine tolle Prämie gleich online anfordern:**
**www.gew.de/mitglied-werden**

**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!**
**Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:**

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

**Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Oktober 2026/Akupressur-Set




RIEKE, RIEMKE, CARLOTTA UND JULIA (V. L. N. R.) GEHÖREN DEM KLIMARAT DES MAX-WINDMÜLLER-GYMNASIUMS IN EMDEN (NIEDERSACHSEN) AN. DER RAT ENGAGIERT SICH NICHT NUR FÜR DIE NACHHALTIGKEITSZIELE DER UN, SONDERN IST AUCH TEIL DER DEMOKRATIEBILDUNG AN DER SCHULE.



# ES FÄNGT ERST RICHTIG AN

**ANJA DILK**
freie Journalistin

*Was bedeutet Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im schulischen Alltag? Ein Besuch an einem Gymnasium in Emden.*

Im Foyer des Max-Windmüller-Gymnasiums herrscht Talkshow-Stimmung. „Politik macht Schule“ steht auf einem Screen an der Fensterfront, davor reihen sich die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der demokratischen Parteien für die Kommunalwahl im September an

Stehtischen: SPD, Grüne, CDU, FDP, Linke, die Wählergemeinschaft „Gemeinsam für Emden“, sogar der parteilose Oberbürgermeister ist dabei. Das Gemurmel des Publikums erfüllt die Halle, gut 80 Bürgerinnen und Bürger des Ortes, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte sowie Eltern sind an diesem Mittwochabend gekommen. Rieke Götemann, Riemke Langer, Carlotta Evers und Julia Dietrich schnappen ihre Moderationskarten, Rieke tritt vors Publikum. „Willkommen bei unserem politischen Diskussionsabend. Zum Start haben wir uns etwas Besonderes ausgedacht.“ Rieke zeigt auf eine Wand aus 17 Würfeln, jeder steht für ein Sustainable Development Goal (SDG) der Vereinten Nationen (UN), von sauberer Energie bis zu Maßnahmen zum Klimaschutz. „Bitte holen Sie jetzt alle einen Würfel, dessen Ziel Ihnen besonders wichtig ist – darüber diskutieren wir dann.“ Los geht’s. Was denkt die Politik über Klimaschutz? Welche Konzepte haben die Parteien für das ostfriesische Emden, in dem die 750 Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums leben? Welche Maßnahmen wollen sie, ganz konkret, in den nächsten Jahren treffen? Und nehmen sie die Anliegen der Jugendlichen ernst? Gut zwei Stunden stellt sich die Politik heute ihren Fragen. Diskutiert wird über das Für und Wider von Dachbegrünungen und Beschattungsmaßnahmen für das Schulgebäude, von mehr Bäumen in der Innenstadt sowie von Wärmepumpen für öffentliche Gebäude. „Es ist gut, dass die Politik zur Diskussion bereit ist“, sagt Rieke. „Aber auch ernüchternd, oft werden wir freundlich gelobt und dann passiert nichts“, findet Riemke. „Da hilft nur: dranbleiben“, meint Carlotta.




Fotos: Anja Dilk

DIE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER DES MAX-WINDMÜLLER-GYMNASIUMS ENGAGIEREN SICH BEI VIELEN THEMEN. IN DER POLITIK ETWAS ZU BEWEGEN, SEI ABER SCHWIERIG, MEINT SCHÜLERIN RIEMKE LANGER. SIE KRITISIERT: „OFT WERDEN WIR FREUNDLICH GELOBT UND DANN PASSIERT NICHTS.“

## Rund 12 Prozent der Schulen in Deutschland setzen BNE um.

Seit 2014 ist das Max-Windmüller-Gymnasium Teil des Netzwerks der UNESCO-Projektschulen und engagiert sich besonders in BNE. 2018 wurde das Klimaparlament gegründet, gewählt von allen Klassen. Zweimal im Jahr diskutieren die 80 Parlamentsmitglieder, wie sie Klimaschutz an der Schule voranbringen wollen – etwa mit Mooswänden, die Räume mit großen Fensterfronten kühlen, oder mit der Einrichtung einer Kleidertauschbörse. Und sie wählen den Klimarat, eine Art Exekutive, bestehend aus 30 Schülerinnen und Schülern, der mehrmals im Monat tagt und den Kern der Arbeit macht: Projekte umsetzen, neue Ideen entwickeln, Events organisieren – wie die Politikrunde an diesem Abend. „Es ist bemerkenswert, was die Räte auf die Beine stellen“, sagt Biologielehrer Kai Gembler, der die Arbeit des Klimarats als UNESCO-Koordinator begleitet.

Knapp 12 Prozent der Schulen in Deutschland setzen laut „Schullabel-Indikator BNE 2024“ auf Bildung für nachhaltige Entwicklung. Diese Schulen sind mit einem von 27 Labels wie UNESCO-Projektschule oder Umweltschutzschule zertifiziert. Die Idee zur BNE stammt von den UN, die 2015 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, die SDG, verabschiedet haben. Ein Bildungskonzept soll das Bewusstsein für Nachhaltigkeit weltweit an die Schulen tragen: Wie können wir Klima- und Umweltschutz vorantreiben, wie auf demokratische Weise eine gerechte, wirtschaftlich tragfähige und ökologisch verträgliche gesellschaftliche Entwicklung in Gang setzen? Seitdem wird das Konzept in nationalen Aktionsplänen weiterentwickelt. Das aktuelle Programm BNE 2030 erweitert das Themenspektrum von Biodiversität über Geschlechtergerechtigkeit bis zu Demokratieförderung und setzt einen neuen pädagogischen Rahmen. „Es geht um ein grundlegendes Bildungsprinzip“, erläutert Gerd Vetter, Vorsitzender des bundesweiten BNE-Forums Schule. „Schülerinnen und Schüler sollen sich projektbasiert, überfachlich und aus verschiedenen Perspek-

>>>




2015 VERABSCHIEDETEN DIE VEREINTEN NATIONEN DIE SOGENANNTEN SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS (SDG). MIT DIESEN 17 GLOBALEN NACHHALTIGKEITSZIELEN SOLL EINE WELTWEITE SOZIAL, WIRTSCHAFTLICH UND ÖKOLOGISCH NACHHALTIGE ENTWICKLUNG GESICHERT WERDEN.

>>> tiven mit Zukunftsthemen auseinandersetzen, ihre eigene Rolle in einer Welt komplexer Herausforderungen reflektieren und erfahren, dass sie selbst etwas bewirken können.“ BNE sollte überall im Schulalltag gelebt werden. „Whole School Approach“ nennt sich das.
Aber wie beteiligt man eine ganze Schule? Das hat sich auch Lehrer Gembler anfangs gefragt. „So entstand die Idee, mit Klimarat und Klimaparlament eine Struktur zu schaffen, bei der alle mitmachen können.“
13 Uhr. In der Mensa duftet es nach Curry, zwei Stockwerke darüber tröpfeln knapp drei Dutzend Kids ein, von Klasse 5 bis 13. Der Klimarat tagt. Die Vorsitzenden Riemke und Carlotta geben einen Rückblick auf die vergangenen Monate. Ein Filmteam des niedersächsischen Kultusministeriums war da, auf der Ideen-Expo in Hannover präsentierte sich der Rat und erklärte in den Ferien einer Dortmunder Schule sein Konzept. Kurze Zeit später stellte er es bei einer Tagung für Klimagerechtigkeit vor.
„Und wer hat Lust, eine Multiplikatorenausbildung zu machen?“, fragt Gembler. 15 Hände gehen hoch.
Ein formelles Prozedere wie im Bundestag gibt es für Klimaparlament und Klimarat nicht. „Das bremst zu sehr“, fanden die Jugendlichen. Wichtiger war ihnen: einfach tun. Mal bringt das Parlament Ideen ein, meist der Rat.










Developed in collaboration with
TROLLBÄCK+COMPANY
TheGlobalGoals@trollback.com
+1.212.529.1010
For queries on usage, contact:
dpicampaigns@un.org
Non official translation
made by UNRIC Brussels
(September 2015)

Grafik: UN

## BNE an Schulen

- Weiterführende Infos zur BNE an Schulen gibt es beim BNE-Forum Schule. Auf seiner Website hat das Forum alle wesentlichen Informationen über Geschichte und Ziel der Bildung für nachhaltige Entwicklung zusammengetragen, von den nationalen Strategien bis 2030 über Publikationen der Bundesländer bis zu Lehrerfortbildung. Im aktuellen Orientierungsrahmen „Globale Entwicklung – Bildung für nachhaltige Entwicklung in der gymnasialen Oberstufe“ (2024) gibt die Kultusministerkonferenz eine gute Einführung in das aktuelle BNE-Konzept und bietet eine Fülle von Umsetzungsbeispielen für alle Fächer.
- Für den Aufbau der BNE im gesamten Schulalltag in allen Schulformen und Jahrgangsstufen hat die KMK ebenfalls Empfehlungen zusammengestellt. Hervorragende Umsetzungsbeispiele und eine Einordnung in die Debatte rund um die BNE in der sozial-ökologischen Transformation in Bildungseinrichtungen mit vielen Beiträgen aus unterschiedlichen Perspektiven liefert das „Handbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung“ von Astrid Carrapatoso et al., erschienen 2026 im Wochenschau Verlag.
- Wie weit die Verankerung der BNE an Schulen in Deutschland bereits gekommen ist, analysiert ein im August dieses Jahres erschienener ausführlicher Bericht der Freien Universität Berlin: „Bildung für nachhaltige Entwicklung im Schulsystem“. AD

Alle Links unter: **kurz.gew.app/ew-10-26**

Wenn alle im Rat dafür sind, wird’s gemacht. Regelmäßig gibt es Workshops zu Themen wie Erneuerbare Energien, Mobilität, Konsum. Gembler: „Dabei steht die systemische Frage im Mittelpunkt: Was sind in unserer Gesellschaft strukturell die Hauptverursacher von $CO_2$?“ 2018 hatte der Klimarat seine erste Idee auf den Tisch gelegt: elektrische Handtrockner statt Papiertücher für die Schultoiletten. „Wie bitte?“, fragte sich Gembler. „Anfangs hielt ich das für totalen Quatsch, was bringt das schon?“ Dann präsentierten die Jugendlichen ihr Konzept, fundiert belegt: Handtrockner reduzieren Müll und erzeugen tatsächlich deutlich weniger $CO_2$ pro Jahr. >>>

WUS World University Service

Das Portal Globales Lernen

PORTAL GLOBALES LERNEN

Alles für Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung in der pädagogischen Praxis



**Das bietet das Portal:**

über 1.200 Unterrichtsmaterialien

Filme, Spiele & Apps

Projekttage & -wochen

Infos zu Schulentwicklung

Veranstaltungen & Fortbildungen

**Von der Kita bis zur Erwachsenenbildung**

www.globaleslernen.de

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

EINE UNICEF-AKTION

ZUM KINDERRECHTETAG AM

Yes Day. 20.11.

Die Aktion ist **für alle Schulformen** geeignet!

JA zu Mitbestimmung.

JA zu Beteiligung.

JA zu Kinderrechten.

**Einfach mitmachen:**

Jetzt anmelden & **kostenloses** Materialpaket erhalten:
**www.unicef.de/kinderrechtetag**

unicef | für jedes Kind

>>> Gembler: „Ich war beeindruckt.“ Der Klimarat trug die Idee im Stadtrat vor, wurde gelobt, vertröstet und mit immer neuen Einwänden abgewimmelt: zu teuer, keine Priorität. Beharrlich hakten die Schülerinnen und Schüler nach, suchten Verbündete in der Politik, legten Kostenkalkulationen vor und luden den Oberbürgermeister

> *Die Jugendlichen haben gelernt, wie man in der Politik etwas bewirken kann.*
>
> KAI GEMBLER, BIOLOGIELEHRER

zum Ortstermin. Heute pusten neue Trockner an den Waschbecken die Feuchtigkeit von den Händen. Sechs Jahre hat der Prozess gedauert. „Die Jugendlichen haben gelernt, wie man in der Politik etwas bewirken kann“, sagt Gembler, „mit top Vorbereitung, Hartnäckigkeit und guter Kenntnis von Strukturen und Verantwortlichkeiten.“
So gelang auch im nächsten Projekt „Watt aufs Dach“ nach mehreren Anläufen der Durchbruch. An den Fakten des Klimarats, bestätigt durch ein Gutachten einer Energieberatung im Auftrag des städtischen Klimamanagers, kam der Stadtrat nicht mehr vorbei: Eine Photovoltaikanlage würde massiv $CO_2$ und die Kosten für die Stadt reduzieren. Ende 2021 wurde sie auf dem Schuldach installiert.

Das Gymnasium macht bei „Schools for Earth“ mit und ist Gastgeber der „Bike to School“-Tagung für nachhaltige Mobilität mit auswärtigen Gästen.

Anfangs war auch Schulleiter Frank Tapper „skeptisch – schon wieder ein Projekt“. Dann sah er Engagement und Erfolge des Klimarats, besuchte Fortbildungen und erkannte: „BNE ist ein hervorragendes Tool, um die ganze Schule weiterzuentwickeln.“ Bildung zur Nachhaltigkeit und Demokratieerziehung lassen sich verbinden; Schülerinnen und Schüler sehen den Wert des Lernens und sehen, dass sie etwas bewegen können. „Das motiviert auch jene, die beim Vokabellernen die Augen rollen“, so Tapper. „BNE entwickelt derzeit bei uns eine tolle Dynamik.“

Dutzende kleinere Initiativen entstehen. Das Gymnasium macht bei „Schools for Earth“ mit und ist Gastgeber der „Bike to School“-Tagung für nachhaltige Mobilität mit auswärtigen Gästen. Seit Mitte 2022 hängt sich der Klimarat in ein Dekarbonisierungsprojekt: Wärmepumpe statt Blockheizkraftwerk für die Schule. „Stadtrat, Stadtwerke, Fachleute – wir sind mit allen im Gespräch“, sagt Riemke. Handeln statt jammern – das ist es, was die Mitglieder des Klimarats begeistert – wie die Vorsitzenden Riemke und Carlotta, 8. Klasse, die das große Interesse anderer Schulen motiviert. „Es ist irre, dass wir so viele andere inspirieren können“, sagt Carlotta. Genauso empfindet Maria aus Jahrgangsstufe 5, die erst mal „zuhören und lernen“ möchte. „Ich liebe die Natur und kann mir bei den Großen abgucken, wie ich etwas für sie tun kann.“
Für viele ist das Gespräch über Klimaschutz zum Alltag geworden, auch zu Hause und mit Freunden. Sollte die Familie ein E-Auto kaufen oder ist das zu teuer, sollte eine Wärmepumpe Priorität haben oder der nächste Familienurlaub? Manchmal ist Rieke, 11. Klasse, die Diskussionen mit Mitschülerinnen und -schülern leid. Was ist besser: vegetarisch essen oder Fleisch? „Die Fakten sprechen für sich“, sagt sie. Und doch kennt sie die Ambivalenz: „In den Urlaub zu fliegen, würde ich nie verurteilen. Überall gibt es den Spagat zwischen Machbarem und Notwendigem.“ Und letztlich dürfe die Auseinandersetzung mit der individuellen Verantwortung nicht den Blick auf die systemimmanenten Schieflagen verstellen, die großen Räder.
Im Herbst startet ein „Hackathon“, ein Marathon-Event, bei dem sich die ganze Schulgemeinschaft in Kleingruppen mit der Frage auseinandersetzt: Wie können wir unsere Schule besser machen, wie die BNE-Prinzipien noch breiter verankern? „Es hilft, dass die Landesregierung BNE unterstützt“, sagt Schulleiter Tapper. In den Curricula von Niedersachsen ist BNE festgeschrieben, ein BNE-Erlass von 2021 verpflichtet zudem alle Lehrkräfte, Nachhaltigkeit zum Lernthema im ganzen Schulalltag zu machen – bundesweit ist BNE sehr unterschiedlich in den Lehrplänen der Bundesländer verankert (s. Seite 12 f.).
14 Uhr, die Klimaratssitzung ist vorbei. Rieke, Riemke und Carlotta müssen los. Es gibt noch viel zu tun: den Tagungsbesuch nächste Woche vorbereiten und neue Überzeugungsstrategien für das Wärmepumpenprojekt erarbeiten. Manchmal wird es ganz schön viel, sagt Rieke und lacht: „Aber es beflügelt.“ Sie und viele der anderen sind sich sicher: Nach der Schule wird ihr Engagement nicht vorbei sein. Es fängt erst richtig an.

ANZEIGE

# DIE EMOTIONEN NICHT VERGESSEN

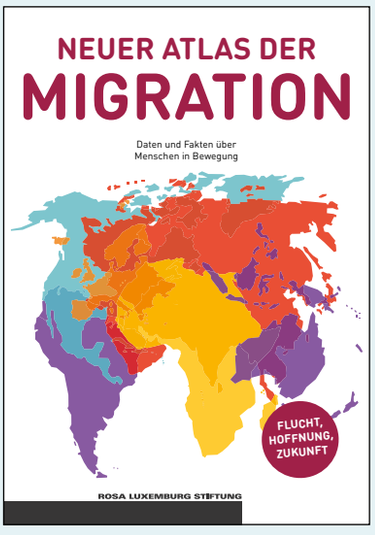
**Menschheitsgeschichte ist Migrationsgeschichte. Dabei ist die Vorstellung, Migration sei immer auf eine dauerhafte Niederlassung ausgerichtet gewesen, ein Mythos. Tatsächlich kennzeichnen Rückwanderung und Fluktuation die lokalen, regionalen und globalen Wanderungen bis heute.**

Die häufig gestellte Frage, ob es heute mehr Migration als früher gibt, lässt sich nicht beantworten. Für viele historische Zeiträume fehlen belastbare Daten. Sicher ist jedoch, dass die Zahl der Menschen, die sich innerhalb von Territorien bewegten, schon immer hoch war. Migration ist also ein grundlegender Bestandteil unserer Geschichte. Ebenso wie das Streben nach einem friedlichen Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft stellt sie eine zentrale globale Herausforderung und zugleich eine bedeutende Chance der Gegenwart und Zukunft dar.

Schule soll Schüler:innen deshalb Akzeptanz von Vielfalt vermitteln und Lernen in globalen Zusammenhängen ermöglichen. Sie soll Fragen globaler Gerechtigkeit als Querschnittsthema im Schulalltag und im Fachunterricht verankern und Kompetenzen fördern, die zur Achtung der Menschenrechte, zur Mitgestaltung eines inklusiven und friedlichen Zusammenlebens sowie zur Dialogfähigkeit – auch in Zeiten gesellschaftlicher Unsicherheiten – befähigen. Inhaltlich bietet es sich an, Migration als Prozess zu betrachten: vom Weggehen über die Erfahrungen unterwegs bis hin zum Ankommen und Fragen – sowohl zu Teilhabe und Inklusion als auch zu möglichen Rückwanderungen. Eine solche Perspektive ermöglicht es, Migration in ihrer Komplexität sichtbar zu machen und vereinfachende Darstellungen zu vermeiden.

Die emotionale Dimension spielt dabei eine wichtige Rolle. Gefühle wie Unsicherheit, Abwehr oder Empathie können hervorgerufen werden. Diese Emotionen sind Bestandteil des Lernens und sollten im Unterricht bewusst aufgegriffen werden, um Reflexion und Perspektivwechsel zu ermöglichen. Ein diskriminierungskritischer Zugang ist dabei unverzichtbar ebenso wie ein sicherer und sensibler Lernraum für alle. Der Neue Atlas der Migration enthält zwei eigens entwickelte Unterrichtseinheiten für die Sekundarstufe.

Schüler:innen sollen lernen, komplexe Zusammenhänge zu analysieren, unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen und Ambivalenzen auszuhalten. Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Suche nach einfachen Antworten, sondern die Fähigkeit, begründet zu urteilen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Insgesamt sollte Unterricht darauf abzielen, sowohl eine sachliche und differenzierte Auseinandersetzung zu fördern als auch Empathie, Urteilsfähigkeit und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit in einer global vernetzten Migrationsgesellschaft zu stärken.




**Downloaden und Klassensätze bestellen:**
**www.rosalux.de/neueratlasdermigration**

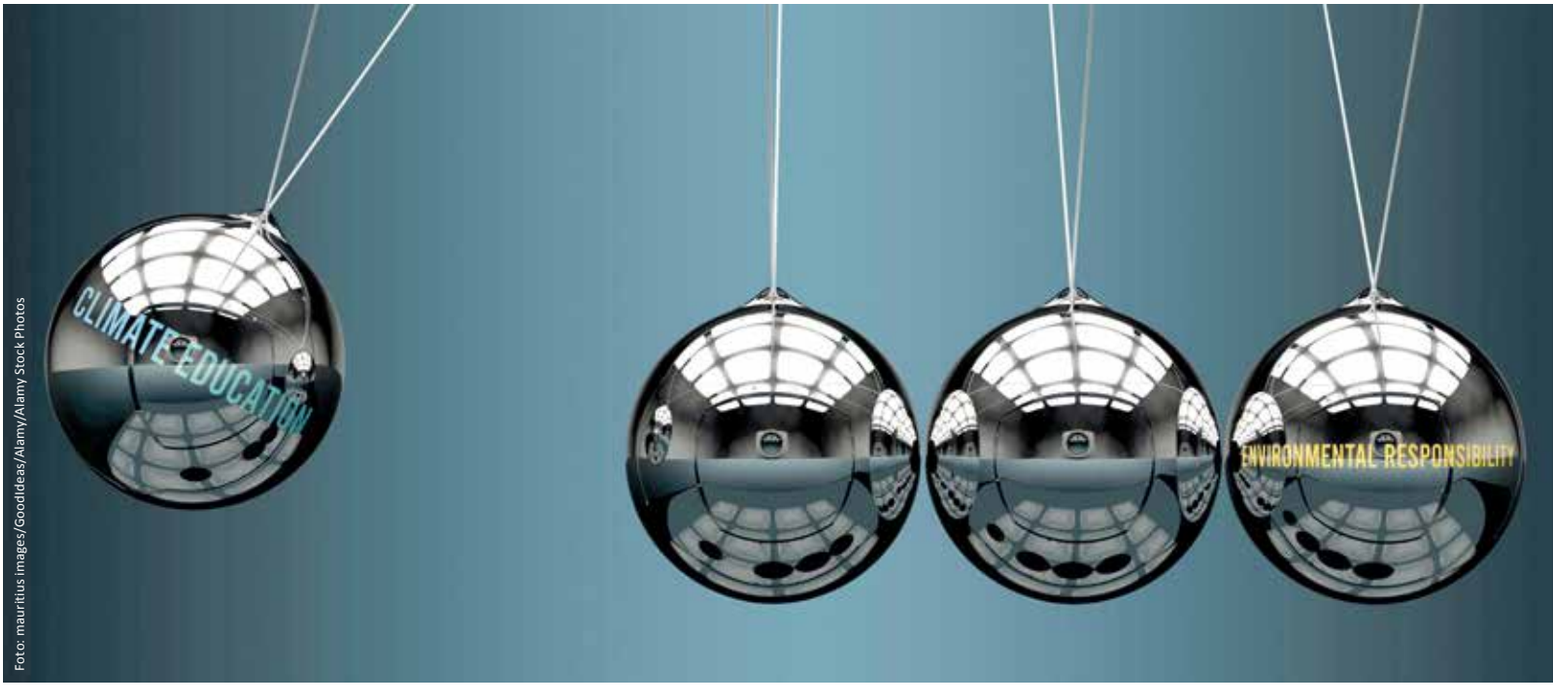



Foto: mauritius images/Goodideas/Alamy/Alamy Stock Photos



# VIELE STRATEGIEN, UNTERSCHIEDLICHE VERBINDLICHKEIT

**DANIEL GEMBRIS**
Duale Hochschule Sachsen, Campus Dresden

*Seit der Verabschiedung der UN-Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 hat die Integration des Klimaschutzes in den Unterricht deutlich an Bedeutung gewonnen. Wissenschaftliche Untersuchungen offenbaren jedoch Defizite bei der strukturellen Umsetzung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Schulen und Hochschulen.*

BNE dient in allen Bundesländern als Grundlage für Klimabildung. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sowie in der Lehrkräftebildung sind allerdings erheblich. Der Autor hat die Kultusministerien aller Bundesländer im Rahmen einer eigenen Untersuchung zu Maßnahmen befragt, mit denen Klimaschutz stärker im Unterricht und im Schulalltag berücksichtigt werden soll. Die Auswertung der Antworten wurde unter dem Titel „Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Deutschland: Zwischen politischem Anspruch und praktischer Umsetzung“ auf der Open-Science-Plattform Zenodo veröffentlicht. Sie zeigt ein weitgehend gemeinsames bildungspolitisches Verständnis, zugleich jedoch deutliche Unterschiede bei der Verbindlichkeit entsprechender Inhalte in Lehrplänen, Schulentwicklung und Lehrkräftebildung.

## Große Unterschiede bei der curricularen Verankerung

Besonders sichtbar wird dies in den Lehrplänen. Das nationale BNE-Monitoring des Instituts Futur der Freien Universität Berlin hat eine sehr unterschiedliche Umsetzung in den Bundesländern festgestellt. Während Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen

Nachhaltigkeit relativ breit in ihre Lehrpläne integrieren, finden sich in anderen Bundesländern wesentlich geringere curriculare Bezüge. Zudem bleibt Klimabildung oft auf klassische „Trägerfächer“ wie Biologie, Geografie oder Sachunterricht konzentriert.
Auch die Antworten der Ministerien auf die Anfrage des Autors zeichnen ein heterogenes Bild der konkreten Umsetzung. Mehrere Länder beschreiben eine fächerübergreifende Verankerung der Klima- und Nachhaltigkeitsbildung. Sachsen verweist unter anderem auf seine BNE-Strategie, das Netzwerk der Klimaschulen sowie Maßnahmen zur Integration des Themas der Nachhaltigkeit in die Lehrkräftebildung. Nordrhein-Westfalen verbindet Klimabildung mit dem Landesprogramm „Schule der Zukunft“. Baden-Württemberg setzt auf langfristige Programme wie die Umweltmentoren sowie auf eine breite Einbindung in die Lehrpläne. Hamburg nennt dagegen Klimaschulen, Beratungsangebote und den „Masterplan BNE 2030“.
Häufig bleibt die praktische Umsetzung auf Einzelprojekte beschränkt. Wettbewerbe, Aktionstage oder Kooperationen mit außerschulischen Partnern können wichtige Impulse geben, eine dauerhafte curriculare Verankerung jedoch nicht ersetzen. Ähnlich beschreibt auch das Nationale BNE-Monitoring, dass Nachhaltigkeit in Lehrplänen zwar zunehmend als Leitidee oder Querschnittsthema genannt wird, in konkreten Kompetenz- und Lernzielen jedoch oft nur eine untergeordnete Rolle spielt. Eine konsequente Integration „jenseits der Vorworte“ bleibt vielerorts eine Herausforderung.

## Lehrkräftebildung bleibt eine zentrale Herausforderung.

Wie wirksam Klimabildung im Unterricht umgesetzt werden kann, hängt wesentlich von der Qualifizierung der Lehrkräfte ab. Die Kultusministerien nennen hierzu zahlreiche Aktivitäten – von Fortbildungsreihen über Online-Plattformen bis hin zu Netzwerken und Fachtagen.
Gleichzeitig verweist das Nationale BNE-Monitoring weiterhin auf eine „substanzielle Qualifizierungslücke“ bei Lehrkräften. 64 Prozent der Lehrkräfte gaben an, während ihres Studiums nie mit BNE in Kontakt gekommen zu sein; 63 Prozent erleben mangelndes Wissen als Hürde bei der Umsetzung im Unterricht. Zwei Drittel sprechen sich deshalb für verpflichtende Inhalte zu Nachhaltigkeit und BNE im Lehramtsstudium aus.
Ein ähnliches Bild ergibt sich auch aus der Analyse der Modulhandbücher und Prüfungsordnungen der 20 Hochschulen mit den meisten Lehramtsabsolventinnen und -absolventen in Deutschland. Nachhaltigkeit und BNE sind in den Studiengängen weiterhin nur in begrenztem Umfang präsent. Entsprechende Angebote finden sich häufig nur in wenigen Fächern. Eine systematische Berücksichtigung in der Breite der Lehramtsausbildung bleibt vielfach aus.
Als positive Beispiele nennt das Monitoring unter anderem die Pädagogischen Hochschulen Heidelberg und Ludwigsburg sowie die Universität Leipzig, deren untersuchte Dokumente bezogen auf ihren Umfang die meisten Bezüge zu BNE aufweisen. Zwei wichtige Ergebnisse: Bei den 20 Hochschulen liegen 64 der 79 identifizierten BNE-Angebote im obligatorischen, die übrigen im fakultativen Bereich. Nach absoluten Zahlen finden sich BNE-Bezüge häufiger in Fachdidaktiken als in den Bildungs- und Erziehungswissenschaften.

## Reichweite der Qualifizierungsangebote bleibt offen.

Die Antworten der Ministerien bestätigen auch in diesem Bereich ein heterogenes Bild. Mehrere Länder verweisen auf Kooperationen mit Hochschulen, Landesinstituten oder externen Partnern sowie auf spezielle Fortbildungsangebote für Lehrkräfte. Zugleich bleibt offen, in welchem Umfang diese Angebote tatsächlich alle Lehrkräfte erreichen. Vielerorts hängt die Umsetzung weiterhin stark vom Engagement einzelner Schulen, Fachbereiche oder Lehrkräfte ab.
Die Auswertung der Ministeriumsantworten und die Befunde des Nationalen BNE-Monitorings zeigen damit ein gemeinsames Muster: Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind inzwischen in allen Bundesländern Teil bildungspolitischer Strategien. Unterschiede bestehen heute weniger beim grundsätzlichen Ziel als beim Grad der Verbindlichkeit. Einzelprojekte und Netzwerke setzen wichtige Impulse. Dauerhaft wirksam werden entsprechende Inhalte jedoch erst dann, wenn sie systematisch Teil der Lehrpläne, Kompetenzziele und der Lehrkräfteausbildung werden. ■

Weitere Infos: **kurz.gew.app/ew-10-26**

# „NICHT MORALISIEREN, NICHT WERTEN,



# NICHT BELEHREN“




Foto: Cornelie Wiegand

**MARTINA HAHN**
freie Journalistin

*Themen des Globalen Lernens sind bei Schülerinnen und Schülern beliebt. Doch wie setzt man sie im Unterricht um – und wie hält man die Kinder und Jugendlichen am Ball? Tipps aus der Praxis, von Lehrkräften für Lehrkräfte.*

Sind die Themen Menschenrechte, fairer Handel, Klimawandel, Energiewende oder Friedenserziehung zu komplex für Kinder und Jugendliche? „Nein“, sagt Cornelie Wiegand, Lehrerin am Graf-Stauffenberg-Gymnasium in Osnabrück. „Es sind ja Dinge, die nicht weit weg sind, sondern tagtäglich auf sie einprasseln, etwa über Social Media.“ Es sind Themen, die ihnen, wenn sie im Unterricht oder in Projektwochen behandelt werden, die Möglichkeit geben, „die Welt kritisch zu analysieren, Lösungen zu entwickeln und direkt vor Ort etwas zu verändern“.

> *„Kids brennen für Projekte, bei denen sie selbst etwas gestalten können.“*
>
> CORNELIE WIEGAND, GYMNASIALLEHRERIN AUS OSNABRÜCK

Wiegand unterrichtet Erdkunde sowie Mathematik und leitet eine Fairtrade-AG. Sie ist überzeugt, dass Globales Lernen in nahezu jedes Unterrichtsfach passt. „In Erdkunde kann man den Rohstoffabbau in Minen ebenso behandeln wie Kakaoanbau im Regenwald oder eine Stadtentwicklung, die nur auf Versiegelung setzt.“ Im Matheunterricht können Schülerinnen und Schüler Klimastatistiken auswerten oder den Lohn eines Kaffeebauern oder einer Kaffeebäuerin berechnen, in Chemie die Zusammensetzung von Plastik analysieren, im Englischunterricht die Folgen der Kolonialisierung diskutieren und in Sozialkunde die Zollpolitik der G20. Selbst

>>>




Foto: Cornelie Wiegand

WENN GLOBALES LERNEN ALS LEITBILD EINER SCHULE VERANKERT IST, IST ES KEIN EINZELKÄMPFERPROJEKT MEHR, SONDERN WIRD VON ALLEN SCHULISCHEN GREMIEN MITGETRAGEN. IM BILD: STAUFFENBERG-TAG AM GRAF-STAUFFENBERG-GYMNASIUM OSNABRÜCK 2024.



>>> Wandertage kann man einem Nachhaltigkeitsthema widmen. Auf eines jedoch sollten Lehrkräfte achten, so Wiegand: „dass diese Themen die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen berühren."

Das findet auch Katharina Schult, Lehrerin für Geografie und Sport an einem Berliner Gymnasium. Sie mahnt: „Die Themen des Globalen Lernens sind schon große Begriffe, die schnell überfordern." Um die Kinder und Jugendlichen zu motivieren, „braucht es einen Lebensbezug und einen altersgerechten Zugang". Während einer Fußballweltmeisterschaft beispielsweise könne man thematisieren, woher die Bälle stammen, oder am Valentinstag die Herkunft der Rosen zum Thema machen. Allerdings sollten Lehrkräfte „nicht moralisieren, nicht werten, nicht belehren und nicht betonen, wie furchtbar alles ist – sondern aufzeigen: So ist die Situation, aber wenn ich mich engagiere, kann ich zur Verbesserung beitragen". Auch Wiegand rät, die Dinge positiv zu benennen, ein sachliches Bild der Probleme zu zeichnen, Good-Practice-Beispiele zu sammeln – „damit bei den Jugendlichen nicht das Gefühl der Ohnmacht eintritt".

Wie schaffen Lehrkräfte es, dass die Kinder und Jugendlichen am Ball bleiben? „Kids brennen für Projekte, bei denen sie selbst etwas gestalten können", sagt Wiegand. Das können ebenso die in der Schulküche selbst gebackenen und über den eigenen Kiosk verkauften Plätzchen aus fair gehandelten Zutaten sein wie die Schaffung eines Klimaparlaments an der Schule, das Ideen diskutiert, wie Energiesparen oder Mülltrennung im Kleinen geht. Auch die Teilnahme an Wettbewerben „schweißt zusammen und macht stolz".

Ideal ist, „wenn die Klasse die Wirksamkeit durch selbstständiges Handeln erfährt", betont Schult. Kornelia Freier bestätigt das: „Lehrkräfte wissen heute, dass sie was Praktisches machen müssen, weil die Schülerinnen und Schüler sonst nicht mehr mitspielen", sagt die Referentin für Schulpädagogik bei Brot für die Welt, der Hilfsorganisation der Evangelischen Kirche. „Es frustriert sie, wenn sie nur lernen, wie schlimm die Klimakrise ist – nicht aber selbst Antworten entwickeln können." Selbstwirksam zu werden, sei essenziell, „gerade in einer Welt, die bei Kids viele Ängste hervorruft", sagt Schult.

> *Projekte und Belastung sollten nicht an nur eine Lehrkraft gebunden sein.*
>
> KATHARINA SCHULT,
> GYMNASIALLEHRERIN AUS BERLIN

Geld kostet das nicht, Organisationen stellen viel Material zur Verfügung (s. Kasten). Aber es kostet Zeit. Aus Sorge vor Überlastung scheut manche Lehrkraft, zusätzlich zum Pflichtstoff Themen des Globalen Lernens in den Unterricht zu packen. Schult rät daher, Kolleginnen und Kollegen mit ins Boot zu holen, „Projekte und Belastung sollten nicht an nur eine Lehrkraft gebunden

sein“. Das reduziert den Aufwand. Und es garantiert, dass der Schule erlangtes Wissen erhalten bleibt und das Engagement nicht einschläft, sobald eine Lehrkraft die Schule verlässt. „Man muss nicht jedes Jahr von vorne anfangen“, sagt Schult. Außerdem empfiehlt sie, Eltern mit einzubeziehen: „Viele haben ja großartige Kontakte oder sind selbst Expertinnen und Experten in Nachhaltigkeitsthemen.“

Hilfreich ist, wenn Globales Lernen im Leitbild der Schule verankert ist. „Das ist dann kein Einzelkämpferprojekt mehr, sondern wird von allen schulischen Gremien mitgetragen“, sagt Wiegand. Dann kann die Schulleitung nicht blocken, die oft eine zu hohe Arbeitsbelastung des Kollegiums befürchtet, wie viele Lehrkräfte berichten. Falls die Leitung dennoch bremst, hilft ein gewichtiges Argument: „Eine Schule, die sich den globalen Herausforderungen stellt, ist attraktiv und gewinnt an Image“, sagt Wiegand. „Und sich von anderen abheben – das will jede Schule.“ ■

Weitere Infos: **kurz.gew.app/ew-10-26**

## So finden Lehrkräfte Unterstützung

- Suchen Sie für Projekte, die ein Budget benötigen, feste Kooperationspartner. Das kann der Förderverein der Schule sein, die lokale Wirtschaft oder der Weltladen vor Ort.
- Nutzen Sie die Angebote unabhängiger, gemeinnütziger Organisationen, die Partnerorganisationen im globalen Süden haben. Sie vermitteln Besuche von Schulen aus dem globalen Süden und stellen Material wie Videos, Ausstellungen, Weltkarten oder Hintergrundinfos zur Verfügung, meist kostenlos.
- Nehmen Sie an der Kampagne Fairtrade-Schools teil (**fairtrade-schools.de**).
- Kontaktieren Sie Engagement Global (**engagement-global.de**): Referentinnen und Referenten können für Workshops oder Projektwochen an die Schulen kommen, es gibt Unterrichtsmaterialien, Wettbewerbe und Schulaustausch. M. H.



# „WIR KÖNNEN PEINLICHE MOMENTE AUFFANGEN“

**INTERVIEW: MARTINA HAHN**
freie Journalistin

*Süd-Nord-Begegnungen zwischen Schulklassen sind ohne Reisen und Flugkosten möglich, sagt Claudia Steiner von der Bonner Organisation Don Bosco – und gibt Tipps, wie Lehrkräfte solche Live-Chats ab der 9. Klasse ohne Scheu planen und umsetzen können.*

**E&W:** Frau Steiner, was macht den Charme einer digitalen Begegnung zwischen Gleichaltrigen aus Deutschland und beispielsweise Indien aus?

**Claudia Steiner:** Der direkte Kontakt ist intensiver, auch emotionaler. Die Schülerinnen und Schüler schaffen den Perspektivenwechsel besser, wenn sie mit Gleichaltrigen aus dem anderen Teil der Welt ins Gespräch kommen. Dadurch wird für sie vieles greifbarer. Sie identifizieren sich mit ihnen auch leichter, wenn sie beispielsweise wissen: Sie hören dieselbe Musik.

**E&W:** Wie sieht der digitale Austausch aus?

**Steiner:** Jedes digitale Treffen dauert in etwa eineinhalb Stunden. Ideal sind mindestens vier Treffen, verteilt über zwei Wochen. Mal sehen sich die beiden Klassen ganz, mal werden die Jugendlichen in unterschiedliche digitale Räume verteilt, dann braucht es mehrere Tablets. Wichtig ist, dass sie sich erst mal kennenlernen, also über alltägliche Dinge sprechen, das lockert auf. Sie erzählen sich, was sie mögen. Sie können aber auch über konkrete Themen reden, etwa: Wie wirkt sich der Klimawandel bei euch aus, wo haben wir vielleicht sogar dieselben Lösungen für die Probleme?



Foto: Harald Reusmann

*„Schülerinnen und Schüler schaffen den Perspektivenwechsel besser, wenn sie mit Gleichaltrigen aus dem anderen Teil der Welt ins Gespräch kommen. Dadurch wird für sie vieles greifbarer.“*

CLAUDIA STEINER,
REFERENTIN FÜR BILDUNG UND KOMMUNIKATION
BEI DON BOSCO BONN

**E&W:** Wie wird der Live-Chat organisiert?

**Steiner:** Der Erstkontakt läuft über uns, wenn die Schule noch keinen eigenen Kontakt hat. Die Lehrkraft nennt uns Alter und Zahl der Schülerinnen und Schüler – und welches Englisch- oder Spanisch-Niveau diese haben. Letzteres ist wichtig, die Lehrkraft muss den Schülerinnen und Schülern zutrauen, dass sie in der Fremdsprache kommunizieren können. Derzeit vermitteln wir vor allem an Klassen in Indien oder für Ältere auch in Sambia oder im Nahen Osten. Wenn beide Schulen finden, dass sie

zusammenpassen, gibt es ein bis zwei Online-Treffen mit uns und den beiden Lehrkräften, wie das Ganze ablaufen soll, wie oft, wie lange, wann. Ich rate zudem, dass eine Person den Live-Chat moderiert. Das kann jemand von Don Bosco sein, aber auch die Lehrkraft selbst. Wie intensiv wir den Austausch begleiten, hängt vom jeweiligen Projekt und von den vorhandenen Kapazitäten und Finanzmitteln ab; die Begleitung eines Chats kostet pro Tag etwa 350 Euro, das kann aber auch gefördert werden.

**E&W:** Worauf sollten Lehrkräfte auf jeden Fall achten?

**Steiner:** Auf Funklöcher. Oft gibt es Probleme mit dem Internet, vor allem auf deutscher Seite! Oder es funktioniert nur in bestimmten Bereichen der Schule, dann können sich die Klassen beispielsweise nicht gegenseitig durch das Schulgebäude führen. Kurz: Es braucht eine Person, die sich um die Technik kümmert. Das kann auch ein Jugendlicher sein, der in IT fit ist.

**E&W:** Kann es auch gänzlich schiefgehen?

**Steiner:** Nein, aber eine Moderation, und da sind wir von Don Bosco geschult, kann Momente des Schweigens überbrücken, etwa, wenn sich die Kids, aber ab und an auch die Lehrkräfte, nicht trauen, Englisch zu sprechen. Der Moderierende kann die Teilnehmenden wieder ins Gespräch bringen. Wir können auch peinliche Momente auffangen, etwa wenn Klischees oder Vorurteile geäußert werden.

**E&W:** Was meinen Sie damit?

**Steiner:** Es ist beiden Seiten schon passiert, dass Chat-Termine verpennt wurden, auch wegen der Zeitverschiebung – und dann schnell gesagt wird: Die Inder kommen immer zu spät. Oder auch andersherum: dass die Schülerinnen und Schüler aus dem globalen Süden sagen, ihr in Deutschland seid ja alle reich. Um so etwas zu vermeiden, vereinbaren wir vorab eine Art Chat-Etikette: Wie wollen wir uns begegnen? Und werten am Ende die Begegnung immer gemeinsam aus. ■

Handreichung „Digitale Begegnungen zwischen Schulen weltweit“: **donbosco.de**






Foto: Bundesregierung/Steffen Kugler

REEM ALABALI RADOVAN

Bundesministerin für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

KOMMENTAR

# NACHHALTIGKEIT MACHT SCHULE

*Bildung für nachhaltige Entwicklung stärkt Schulen als Orte demokratischer Entwicklung.*

Warum sollten wir uns im Supermarkt für Fair-Trade-Bananen entscheiden, auch wenn sie teurer sind? Warum ist es für Schüler*innen sinnvoll, sich im Matheunterricht mit Messreihen zum steigenden Meeresspiegel zu beschäftigen? Und wieso sollten Schüler*innen im Fach Sozialwissenschaft lernen, welche Gefahren Fake News für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedeuten? Weil junge Menschen dadurch etwas über soziale Verantwortung, globale Gerechtigkeit und den Klimawandel lernen. Nur wenn Jugendliche sich bereits in der Schule mit diesen Themen auseinandersetzen, wachsen mündige Bürger*innen, Konsument*innen und Entscheidungsträger*innen heran.

Die genannten Beispiele stammen aus dem neuen Orientierungsrahmen „Globale Entwicklung – Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Sie machen deutlich, dass globale Entwicklung und Nachhaltigkeit viele Lebensbereiche betreffen und in allen Fächern thematisiert werden können. Das macht diese Themen spannend, konkret und lebensnah. Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt jungen Menschen wichtige Kompetenzen, um unsere zunehmend komplexe Welt besser zu verstehen und globale Gerechtigkeit verantwortungsvoll mitzugestalten.

Der neue Orientierungsrahmen ist eine gemeinsame Initiative der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Er ermöglicht es Ländern, Schulen und Lehrenden, globale Entwicklung und Nachhaltigkeit systematisch und fächerübergreifend in Lehrplänen und im Unterricht zu verankern.

Nun kommt es auf die Umsetzung an. Der Orientierungsrahmen versteht Fragen globaler Entwicklung und Nachhaltigkeit dabei als Aufgabe der gesamten Schule. Er bezieht neben Lehrkräften und Schüler*innen auch Schulleitung und Schulverwaltung, Schulträger, Personalentwicklung, Schulverpflegung, Eltern, außerschulische Partner*innen und Lernorte ein. Und der Orientierungsrahmen bietet auch ein Konzept dafür, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung zukünftig in allen Phasen der Lehrkräfte-Ausbildung verankert werden kann: angefangen bei ihrer universitären Ausbildung über das Referendariat bis hin zur Fort- und Weiterbildung.

Dabei ist klar: Gute Bildung hängt auch maßgeblich von den Rahmenbedingungen ab, unter denen sich Schüler*innen und Lehrende jeden Tag bewegen. Gewerkschaften wie die GEW leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Sie vertreten die Interessen der Beschäftigten. Sie engagieren sich für Chancengerechtigkeit. Sie fördern den bildungspolitischen Dialog und setzen sich für ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem ein. Diese Ziele ergänzen den Anspruch des Orientierungsrahmens, Bildung für nachhaltige Entwicklung dauerhaft in den Bildungsstrukturen zu verankern.

Für junge Menschen ist es wichtig, globale Zusammenhänge zu verstehen, kritisch zu hinterfragen und zu erleben, dass ihr Handeln etwas bewirkt. Mit dem Orientierungsrahmen haben wir dafür eine verlässliche Grundlage geschaffen. Er gibt Schulen den klaren Auftrag, Klima, Gerechtigkeit, Frieden und Teilhabe als zentrale Fragen unserer Gegenwart im Unterricht zu verankern. So stärken wir Schulen als Orte demokratischer Bildung. Und so schaffen wir Impulse, damit junge Menschen globale Verantwortung bewusster wahrnehmen, mitdenken – und entsprechend handeln.






Fotos: © Sina Heermann

ANZEIGE

Karrieresprungbrett Freiwilligendienst:

weltwärts

# Engagement mit Sinn

Nach der Schule stehen jungen Menschen alle Türen offen. Ein FSJ in der Heimat, gleich studieren, eine Ausbildung machen – oder doch ganz weit weg? Häufig sind Jugendliche überfordert. Mit dem weltwärts-Freiwilligendienst können Heranwachsende in einem pädagogisch begleiteten Rahmen eine Zeit im Ausland verbringen – und dabei Orientierung für ihren Karriereweg gewinnen.

Von: Moritz Osswald,
Koordinierungsstelle weltwärts

Die ehemalige Freiwillige Sina Heermann (siehe Fotos) spart nicht mit Superlativen: Sie habe die „einmalige Chance“ gehabt, in einem „einzigartigen Projekt“ mitzuwirken, und konnte dort eine „komplett andere Arbeitswelt und Arbeitsweise“ kennenlernen. Heermann war mit dem weltwärts-Programm in Bolivien. Genauer gesagt: in der Großstadt La Paz. Auf rund 3.600 Meter Höhe, zwischen Lärm, Verkehr, zwischen Tradition und Moderne fand sie ihr zweites Zuhause.
Die 26-Jährige machte vor ihrem Freiwilligendienst eine Ausbildung zur Erzieherin. In der quirligen Metropole La Paz setzte sie sich im Rahmen eines sozialen Projekts für die Schuhputzenden vor Ort ein. Alkoholabhängigkeit und soziale Ausgrenzung begleiten häufig den Alltag der informellen Arbeiter*innen. Streetwork in Südamerika – ein ungewöhnliches und dickes Plus im Lebenslauf, das nicht jede und jeder vorweisen kann. Das weltwärts-Programm macht solche Erfahrungen möglich.

## Botschafter*innen zwischen Nationen

weltwärts ist ein staatlich geförderter Freiwilligendienst. Junge Menschen zwischen 18 und 28 Jahren engagieren sich für sechs bis zwölf Monate in einem Land des globalen Südens. Sie lernen, selbstständig zu werden, Herausforderungen zu meistern und erwerben zudem Sprachkompetenzen. All das sind handfeste Vorteile auf einem globalisierten und sich ständig verändernden Arbeitsmarkt. Dabei werden die Freiwilligen jedoch nicht ins kalte Wasser geworfen.

Ein pädagogisches Begleitprogramm mit verpflichtenden Seminaren sowie ständige Ansprechpartner*innen sorgen dafür, dass der Dienst für die Freiwilligen einen nachhaltigen Lerneffekt mit sich bringt. So werden aus interessierten und engagierten Heranwachsenden interkulturelle Botschafter*innen. Auch die persönliche Entwicklung der Freiwilligen erlebt einen Auftrieb.

Sina Heermann etwa sagt, sie habe gelernt, „wie wichtig Beziehungsarbeit, Kommunikation und das Miteinander sind“. Jetzt ist sie ehrenamtlich in den Vorstand ihrer Entsendeorganisation Vamos Juntos eingetreten.

Alle Informationen zum weltwärts-Programm unter: www.weltwaerts.de

# WISSENSCHAFT UNTER DRUCK

**NADINE EMMERICH**
freie Journalistin

*Rechte und rechtsextreme Anfeindungen gegen Forschende nehmen zu. Die Angriffe richteten sich nicht nur gegen einzelne Personen, sondern die Wissenschaft als solche, sagt die Rechtsextremismusforscherin Juliane Lang.*

Nach einem Medieninterview, in dem sie über die Beteiligung Rechtsextremer an den Bauernprotesten sprach, wurde eine Agrarwissenschaftlerin massiv attackiert – von Hassmails und Telefonterror über Diffamierungsvideos im Netz bis zu konkreten Drohungen und tatsächlicher körperlicher Gewalt. Ein Professor für Demokratie- und Diktaturforschung erhielt an seiner Universität ein Schreiben mit dem Bild einer Pistole und dem Satz „Geht ins Ohr, bleibt im Kopf“. Eine Energieökonomin wird seit Jahren auf Social-Media-Plattformen von der extremen Rechten angefeindet und bekam ebenfalls bereits Morddrohungen.

Diese schockierenden Vorfälle sind in der Publikation „Umgang mit rechten Anfeindungen gegen die Wissenschaft“ des Forschungsprojektes GERDEA an der Justus-Liebig-Universität Gießen aufgelistet. Sie sind längst keine Einzelfälle mehr: Anfeindungen rechtsextremer Akteurinnen und Akteure gegen Forschende haben in den vergangenen zehn Jahren nach Einschätzung der Gießener Rechtsextremismusforscherin Juliane Lang zugenommen. Sie richteten sich nicht mehr nur gegen die Rechtsextremismusforschung oder einzelne Personen, sondern die Wissenschaft als solche, sagt sie.

Ziel sei „die Idee einer offenen, kritischen und demokratischen Wissenschaft selbst“, heißt es auch in der GERDEA-Handreichung, die Projektleiterin und Mitautorin Lang bei der 13. GEW-Wissenschaftskonferenz „Wissenschaft unter Druck: Perspektiven der akademischen Freiheit“ am 2. Oktober in Erfurt vorstellte. Die Anfeindungen bestünden nicht mehr nur aus anonymen Kommentaren zu wissenschaftlichen Studien in den sozialen Medien, sondern erfolgten mittlerweile direkt aus der Parteispitze der AfD, sagt Lang.

## Einschüchterung und Einschränkung gesellschaftskritischer Wissenschaft als Ziel

Laut einer repräsentativen Umfrage des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) in Kooperation mit dem Projektverbund Kapazitäten und Kompetenzen im Umgang mit Hassrede und Wissenschaftsfeindlichkeit (KAPAZ) vom Mai 2024 erlebten 45 Prozent der rund 2.600 befragten Forschenden mindestens eine Form der Anfeindungen schon selbst. Geisteswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sind überdurchschnittlich oft betroffen (51 Prozent), es folgen die Lebens- (46 Prozent) und Sozialwissenschaften (45 Prozent), aber auch die Naturwissenschaften (45 Prozent). Lang betont zudem: „Aus dem Austausch mit Kolleginnen und Kollegen merke ich, dass überall dort, wo Frauen im Fokus stehen, sich Kritik und Schmähkritik nicht alleine auf ihre inhaltliche Arbeit beziehen, sondern oftmals auch auf ihr Sein als Frau in der Wissenschaft. Ähnlich geht es Kolleginnen mit sichtbarer oder angenommener Migrationsgeschichte.“

Die extreme Rechte zielt mit den Anfeindungen auf Einschüchterung und letztlich Einschränkung gesellschaftskritischer Wissenschaft. Einige Forschende berichten laut dem GERDEA-Projekt von Sorgen mit Blick auf die Kommunikation der eigenen Erkenntnisse oder ziehen sich sogar aus der Öffentlichkeit zurück. Lang kann dies nicht




DIE ANGRIFFE AUF WISSENSCHAFTLERINNEN UND WISSENSCHAFTLER REICHEN VON HASSMAILS UND TELEFONTERROR ÜBER DIFFAMIERUNGSVIDEOS IM NETZ BIS ZU KONKRETEN DROHUNGEN UND TATSÄCHLICHER KÖRPERLICHER GEWALT.

Foto: IMAGO/Guido Schiefer



quantifizieren, bestätigt aber: „Wir überlegen – müssen sehr genau überlegen –, an welcher Stelle wir uns in öffentliche Debatten einbringen. Das läuft dem zuwider, dass Wissenschaft nicht im Elfenbeinturm stattfinden, sondern sich gesellschaftlich einmischen soll."
Die gemeinsam mit dem Bundesverband Mobile Beratung entstandene Publikation gibt auch zehn Empfehlungen für den Umgang mit rechten und rechtsextremen Anfeindungen. Lang nennt als Beispiel einen bedachten Umgang mit persönlichen Daten: So müssten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht zwingend mit Foto und Anschrift im Netz zu finden sein, es könne auch der Hinweis auf ein Sekretariat reichen. „Wichtig ist auch zu wissen, an wen ich mich wenden kann, etwa wenn eine Anwaltskanzlei eine Unterlassungsaufforderung schickt." Darüber hinaus sei es grundsätzlich sinnvoll, frühzeitig Unterstützungsstrukturen aufzubauen.
Da die Hochschulen immer mehr wissenschaftsfeindliche Anfeindungen verzeichneten, sei aufseiten der Einrichtungen aber schon einiges in Bewegung gekommen: „Es setzt eine Professionalisierung im Umgang damit ein."
Lang wünscht sich von den Universitäten einen proaktiven Umgang. Dazu gehöre es, Vorfälle überhaupt zu dokumentieren. „An vielen Hochschulen werden rechte, rassistische oder antifeministische Vorfälle nicht systematisch monitorisiert oder gar veröffentlicht. Das sind Zahlen, die uns fehlen." ■

> *An vielen Hochschulen werden rechte, rassistische oder antifeministische Vorfälle nicht systematisch monitorisiert oder gar veröffentlicht. Das sind Zahlen, die uns fehlen.*

JULIANE LANG,
JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN

Weiterführende Infos: **kurz.gew.app/ew-10-26**

# „ES BRAUCHT MASSIVE STEUERERHÖHUNGEN“



Foto: Uwe Völkner/bundesfoto

*„Wenn man den Menschen das Gefühl gibt, die kommunale Daseinsvorsorge funktioniert immer schlechter und demokratische Teilhabe führt zu nichts – dann ist das politisch fatal. Das treibt die Menschen der AfD in die Arme.“*

PROF. ACHIM TRUGER,
UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN, MITGLIED DES SACHVERSTÄNDIGENRATS WIRTSCHAFT



**INTERVIEW: MATTHIAS HOLLAND-LETZ**
freier Journalist

*Für Verteidigung 200 Milliarden Euro, bei Sozialleistungen wird gekürzt. Was sind die Alternativen? E&W hat bei Professor Achim Truger, Universität Duisburg-Essen, Mitglied des Sachverständigenrats Wirtschaft, nachgefragt.*

**E&W:** Die Ausgaben des Bundes sind hoch wie nie. Sie liegen für das laufende Jahr – einschließlich der Sondervermögen – bei 645 Milliarden Euro. Bis 2030 sollen sie auf 729 Milliarden Euro steigen. Das sollte reichen, um die Sozialversicherungen zu stärken und die gebeutelten Kommunen finanziell zu unterstützen. Warum klappt das nicht?

**Prof. Achim Truger:** Das Hauptproblem ist, dass bis zum Jahr 2030 nur zwei Positionen wirklich wachsen. Die Verteidigungsausgaben steigen von heute 125 Milliarden Euro auf 200 Milliarden Euro. Und dann haben wir die Zinsen, die von 30 Milliarden Euro auf 80 Milliarden Euro zunehmen werden. Der Rest schrumpft. Fairerweise muss man sagen, dass das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität aktuell für einen Anstieg der Investitionsausgaben sorgt. Das ist ja gut. Doch auch diese Ausgaben gehen in den kommenden Jahren leicht zurück.

**E&W:** Union und SPD wollen noch in diesem Jahr ein „Reformpaket“ verabschieden, das für wirtschaftlichen Aufschwung und mehr Beschäftigung sorgen soll. Dazu sind unter anderem Steuererleichterungen zugunsten der Bezieherinnen und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen geplant. Gleichzeitig steigt die Reichensteuer. Unionskreise fordern noch größere Steuersenkungen.

**Truger:** Wie soll der Bund in einer Situation, wo er riesige Haushaltslücken hat, kräftig Steuern senken? Man erhöht das Kindergeld und den Grundfreibetrag der Einkommensteuer und holt über den Anstieg der Reichensteuer ein bisschen Geld rein. Das ist keine große Steuerentlastung, aber unter den aktuellen Umständen zumindest vergleichsweise vernünftig.

**E&W:** Der Bund zahlt 2026 einen Zuschuss von 126 Milliarden Euro an die gesetzliche Rentenversicherung. Die Bundesregierung will verhindern, dass dieser Zuschuss weiter steigt. Eine Rentenkommission hat nun Vorschläge auf den Tisch gelegt. Was sagen Sie dazu?

**Truger:** Bei der Rente sollen die Beitragssätze steigen. Um 2 Prozentpunkte, die nach schwedischem Vorbild in eine Kapitalanlage fließen. Vernünftig finde ich, dass dies innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung geschieht. Die 2 Prozentpunkte werden also je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen und -nehmern finanziert. Der Bund will außerdem verhindern, dass man die Versicherungs- und Fondswirtschaft beglückt, die sich gern mit hohen Provisionen und unattraktiven Produkten eine goldene Nase verdient. Die Kapitalsäule soll staatlich gemanagt werden, mit niedrigen Gebühren.

**E&W:** Welche Nachteile sehen Sie?

**Truger:** Man darf sich von den Renditeversprechen dieser Kapitalsäule nicht blenden lassen. Die Rede ist von 5 Prozent real pro Jahr. Das ist viel zu optimistisch. Was unter den Teppich gekehrt wird: Die Rentenversicherung deckt auch Invaliditätsrisiken ab und sorgt für die Hinterbliebenenversorgung. Diese Leistungen sind im künftigen kapitalgedeckten Teil der Rentenversicherung nicht drin.

**E&W:** Zu den Vorschlägen der Rentenkommission gehört, die sogenannte Rente mit 63 zu streichen – was auf großen Protest stößt.

**Truger:** Für viele Beschäftigte ist diese abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren sehr wichtig. Und in der Industrie, wo Jobs in Gefahr sind, bildet die Rente mit 63 für ältere Arbeitnehmerinnen und -nehmer eine Brücke in den Ruhestand. Das hilft, soziale Härten zu vermeiden. Wenn man das jetzt streicht, ist das ein Problem.

**E&W:** Die Bundesregierung verspricht, die gebeutelten Kommunen zu entlasten. Dazu soll bei kommunalen Leistungen gespart werden, etwa bei der Kinder- und Jugendhilfe. Sorgt das für den finanziellen Befreiungsschlag?

**Truger:** Der Bund hat keine Mittel, um die Kommunen finanziell zu stützen. Er will sie entlasten, indem er ihnen Kürzungen bei Sozialausgaben erlaubt. Das würde für die Betroffenen sehr schmerzhaft und würde angesichts der Finanzmisere der Kommunen – deren Defizit liegt bundesweit bei 30 Milliarden Euro pro Jahr – das Problem nicht lösen. Dazu braucht es eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen.

**E&W:** Welche Folgen haben die kommunalen Kürzungen?

**Truger:** Für die Betroffenen sind sie extrem schmerzhaft. Und wenn man den Menschen das Gefühl gibt, die kommunale Daseinsvorsorge funktioniert immer schlechter und demokratische Teilhabe führt zu nichts – dann ist das politisch fatal. Das treibt die Menschen der AfD in die Arme.

**E&W:** Wie kommt der Bund aus der Finanzkrise heraus?

**Truger:** Erst mal muss man überlegen, ob die Verteidigungsausgaben in dieser Höhe tatsächlich sinnvoll sind. Was wird wirklich gebraucht? Wie kann man das Geld effizient ausgeben? Aber wir landen dann immer noch bei 150 bis 200 Milliarden Euro, die ab 2030 pro Jahr zusätzlich aufzubringen sind. Das heißt: Es braucht massive Steuererhöhungen. Wir reden über ein Paket. Es braucht einen höheren Anteil an vermögensbezogenen Steuern, einen höheren Spitzensteuersatz der Einkommensteuer. Auch ein Verteidigungs-Solidaritätszuschlag kann sinnvoll sein und eine Finanztransaktionssteuer.

**E&W:** Auch eine höhere Mehrwertsteuer?

**Truger:** Die Mehrwertsteuer für die Haushaltskonsolidierung zu verwenden, finde ich problematisch, weil sie untere und mittlere Einkommen besonders stark belastet. Aber als Teil eines Gesamtpakets kann man es am Ende politisch nicht ausschließen. ■

Prof. Achim Truger hat seine Thesen am 12. September auf einer GEW-Fachtagung der AG Bildungsfinanzierung ausführlich vorgetragen.

# PISA-SCHOCK 2.0

**NADINE EMMERICH**
freie Journalistin

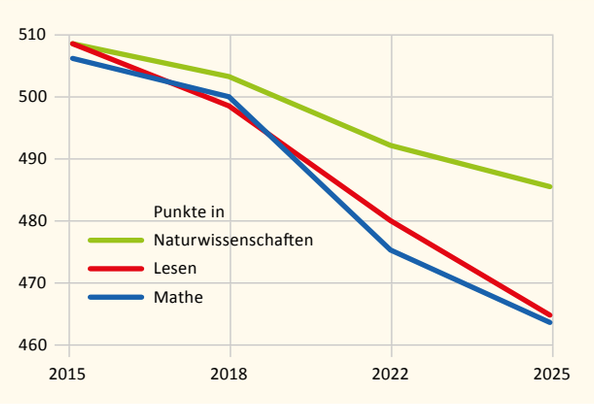
*Zu viele Jugendliche erreichen laut der neuen PISA-Studie nicht die Basiskompetenzen. Zugleich bleibt der Bildungserfolg in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Die GEW fordert ein radikales Umsteuern in der Bildungspolitik.*

Deutsche Schülerinnen und Schüler schneiden in der PISA-Studie 2025 so schlecht ab wie nie zuvor. In Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften wurden bei den getesteten 15-Jährigen „die niedrigsten Kompetenzwerte seit Beginn der PISA-Erhebungen erzielt“, heißt es in der Anfang September vorgestellten neuen Ausgabe der internationalen Vergleichsstudie. Die Unterschiede zwischen sozial benachteiligten und privilegierten Schülerinnen und Schülern nahmen weiter zu und sind so groß wie nie zuvor seit dem Start von PISA im Jahr 2000. 2025 fehlten einem Viertel der rund 6.700 in Deutschland getesteten Jugendlichen Basiskompetenzen in Naturwissenschaften. In Lesen und Mathematik galt das sogar für ein Drittel der Jugendlichen. Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU) räumte ein: „Die Ergebnisse von PISA 2025 sind für Deutschland dramatisch.“
Die GEW wertete die Ergebnisse vor allem als verheerendes Zeugnis für die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland. „Ein Vierteljahrhundert PISA-Maßnahmen haben unterm Strich nichts gebracht“, so Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule. Nach 25 Jahren hänge der Bildungserfolg in Deutschland immer noch so stark vom Elternhaus ab wie in kaum einem anderen Land.

> *„Ein Vierteljahrhundert PISA-Maßnahmen haben unterm Strich nichts gebracht.“*
>
> ANJA BENSINGER-STOLZE,
> GEW-VORSTANDSMITGLIED SCHULE

Nach wie vor trage das Schulsystem nichts dazu bei, die starke Verknüpfung von Bildung und sozialem Hintergrund abzumildern. „Im Gegenteil: Es zementiert und verstärkt sie sogar.“
Im Mittelpunkt von PISA 2025 standen die naturwissenschaftlichen Kompetenzen. Der Abstand zwischen begünstigten und benachteiligten Jugendlichen liegt in den Naturwissenschaften in Deutschland mit 125 Punkten weit über dem OECD-Schnitt von 85 Punkten. Der sozioökonomische Hintergrund erklärt hierzulande 19 Prozent der Unterschiede in der naturwissenschaftlichen Leistung. Damit liegt der Wert knapp zwei Drittel

**Deutsche PISA-Ergebnisse von 2015 bis 2025**




Quelle: PISA 2025, OECD, Grafik: zplusz

über dem OECD-Durchschnitt von 11,6 Prozent. Nur fünf der 90 erfassten Länder schneiden noch schlechter ab.

## GEW: Masterplan gegen Bildungsarmut und soziale Ungerechtigkeit notwendig

Angesichts des anhaltenden negativen PISA-Trends fordert die GEW ein radikales Umsteuern der Bildungspolitik. „Das gesamte Schulwesen gehört mittlerweile auf den Prüfstand“, betonte Bensinger-Stolze. Nach dem PISA-Schock 2001 sei Bildungsqualität vor allem über Standards, Tests und Vergleiche definiert worden. Dies sei zulasten pädagogischer Vielfalt, sozialer Ziele sowie guter Lern- und Arbeitsbedingungen gegangen. „Finanzielle und personelle Probleme wurden über viele Jahre verschleppt. Die dramatischen Folgen sehen wir heute an allen Schulen: Personalmangel, Überlastung und eine eklatante Vernachlässigung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.“ Jetzt sei die Zeit, umzudenken und andere Steuerungsmöglichkeiten sowie bereits vorhandene Daten und Forschungen verstärkt zu nutzen.
Die Bildungsgewerkschaft schlug einen Masterplan gegen Bildungsarmut und soziale Ungerechtigkeit vor. „In Deutschland fehlt eine inklusive Gesamtstrategie, die Schulleistungen, Professionalisierung, Chancengleichheit, das Wohlbefinden von Lernenden und Lehrenden und nicht zuletzt ‚gute Arbeit‘ miteinander verzahnt“, erklärte die Schulexpertin. Dazu gehöre auch eine deutlich bessere Bildungsfinanzierung. Das an sich sinnvolle Startchancenprogramm bleibe ein Tropfen auf dem heißen Stein, wenn es nicht verstetigt und Teil des Systems werde.
Einen „Masterplan gegen Bildungsarmut und soziale Ungerechtigkeit“ hatte die GEW bereits 2023 verlangt. „Deutschland hat seit Jahrzehnten sowohl ein Leistungs- als auch ein eklatantes Gerechtigkeitsproblem“, sagte Bensinger-Stolze damals. Die veröffentlichten PISA-Daten bestätigen die Forderung der Gewerkschaft. Diese sieht ihre Positionen in weiteren Punkten bekräftigt. Laut den Ergebnissen von PISA 2025 liegt sowohl der Personalmangel bei den Lehrkräften als auch bei der Unterstützung durch Dritte (beispielsweise Schulassistenzen und andere pädagogische Fachkräfte) in Deutschland über dem OECD-Schnitt – ein klarer Beleg für die Dringlichkeit, multiprofessionelle Teams an Schulen zu bilden, wie es die GEW ebenfalls seit Jahren fordert. ■

Weitere Infos: **kurz.gew.app/ew-10-26**


**JOURIST Reader**

**DER VORLESESTIFT BEI LEGASTHENIE**



**FÜR DEN EINSATZ IN SCHULEN**

- Keine Datenspeicherung
- Zum Lernen und für Prüfungen

**Der Offline-Vorlesestift, der Schülerinnen und Schülern mit Legasthenie oder Leseschwäche mehr Teilhabe ermöglicht!**

- Funktioniert komplett ohne Internet
- Sprachausgabe in Deutsch, Englisch, Spanisch, Französisch, Italienisch und Niederländisch
- Eingebauter Lautsprecher, Kopfhörer inklusive
- Scannen von Papier, Bildschirm oder Tablet
- Inkl. Leselineal für sichere Zeilenführung



**Fordern Sie gerne ein Testgerät zur kostenlosen 30-Tage-Probe an.**

**Preis EUR 320,–** inkl. MwSt.
Klassensets verfügbar.
Mengenrabatt für Schulen auf Anfrage.

**www.jouristreader.de**

Jourist Verlags GmbH
Tel.: 040 21098290 · info@jouristreader.de



LAUT DEM HÖCHSTEN DEUTSCHEN VERWALTUNGSGERICHT MÜSSEN LEHRKRÄFTE AUFGABEN NOTFALLS LIEGEN LASSEN, WENN SIE DIESE IN DER REGULÄREN ARBEITSZEIT NICHT ERLEDIGEN KÖNNEN.

Foto: mauritius images/Bulat Silvia/Alamy/Alamy Stock Photos



# FREIWILLIG LÄNGER GEARBEITET?

**GESA BRUNO-LATOCHA**
Referentin Tarif- und Beamtenpolitik

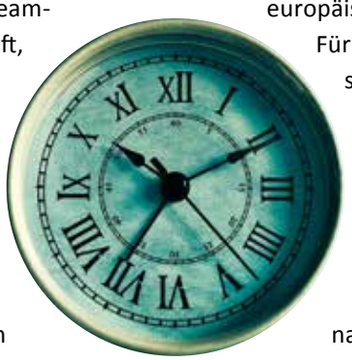
**STEFAN WEITZEL**
Redakteur Internet und Social Media beim GEW-Hauptvorstand

*31.435,59 Euro plus Zinsen als Ausgleich für Zuvielarbeit eines pensionierten Schulleiters? Leider nicht. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hebt das viel beachtete Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts (OVG) aus dem vergangenen Jahr auf. Die GEW kritisiert das und fordert die Länder auf, die Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte endlich umzusetzen.*

Jahrelang hatte der Grundschullehrer und -rektor Frank Post (s. Porträt Seite 30 ff.) um Ausgleich für seine überlange Arbeitszeit gekämpft. Er hatte im Schuljahr 2015/16 an der Arbeitszeitstudie der GEW Niedersachsen teilgenommen und ein ganzes Schuljahr lang seine Arbeitszeit aufgezeichnet. So konnte er detailliert belegen, dass er wöchentlich im Schnitt mehr als acht Stunden zu viel gearbeitet hatte. Zunächst forderte er vom Dienstherrn vergeblich Entlastung, nach seiner Pensionierung 2022 schließlich einen finanziellen Ausgleich. Damit ist er nun vor dem BVerwG gescheitert.

## So argumentiert das Gericht.

Eine Überlastung der Lehrkräfte hat das Gericht nicht bestritten. Doch Posts Anspruch scheitert an einem anderen Punkt: Er sei nicht vom Dienstherrn zu den geltend gemachten Arbeitsstunden „herangezogen" worden, stellt das BVerwG fest. Seine Zuvielarbeit beruhe auf seiner eigenverantwortlichen Entscheidung – nicht auf einer Vorgabe des Dienstherrn.
In Niedersachsen wie in fast allen Bundesländern gilt: Exakt vorgegeben ist nur die Zahl der Unterrichtsstunden. Für alles andere plant der Dienstherr pauschal Zeit ein. Dabei bildet die Arbeitszeit laut Beamtengesetz den Rahmen. Finde eine Lehrkraft, dass diese Zeit nicht reicht, müsse sie ihre Überlastung anzeigen und Aufgaben gegebenenfalls zurückstellen, begründete das Gericht sein Urteil. Lehrkräfte seien nicht befugt, ihre Arbeitszeit eigenständig zu verlängern und dafür einen finanziellen Ausgleich zu verlangen. Für Schulleiterinnen und -leiter gelte das in besonderem Maße: Sie entschieden schließlich weitgehend selbst, wie und wann sie ihre Aufgaben erledigen.



Die GEW hält dieses Bild für weltfremd. Aus ihrer Sicht setzt das Urteil den Arbeitsschutz für Lehrkräfte außer Kraft. „Die Bundesländer lasten Lehrkräften immer mehr Aufgaben auf, wie Inklusion, Digitalisierung, Ganztag oder Dokumentationspflichten, ohne sie an anderer Stelle zu entlasten", kritisiert Maike Finnern, GEW-Vorsitzende. „Es wird also erwartet, dass die Kolleginnen und Kollegen in der gleichen Zeit immer mehr leisten und gleichzeitig weiterhin einen guten Unterricht samt Vor- und Nachbereitung stemmen."
Die Vertreterin des Bundesinteresses beim BVerwG (VBI) teilte in der mündlichen Verhandlung diese Sicht: Die Übertragung von immer mehr Aufgaben könnte einer Anordnung von Zuvielarbeit gleichkommen. „Es ist eben nicht so, dass Lehrkräfte einfach Korrekturen, Konferenzen, Elterngespräche und anderes sein lassen können, wenn die übrige Arbeit zu viel wird", stellt Finnern klar.
Unverständlich ist auch, wieso das BVerwG den Umstand außer Acht ließ, dass der Kläger ursprünglich gar keinen finanziellen Ausgleich haben wollte, sondern vom Dienstherrn eine zeitliche Entlastung bei seinen Aufgaben gefordert hatte. Dass das OVG ihm letztlich eine finanzielle Entschädigung anstelle des vorrangig zu gewährenden zeitlichen Ausgleichs zusprach, war nur der langen Dauer des Gerichtsverfahrens geschuldet – Post ging 2022 in den Ruhestand, fünf Jahre nach der ersten Klage.

## Arbeitszeiterfassung ist Gesundheitsschutz.

Eine zentrale Frage ließ das Gericht offen: Muss der Dienstherr die Arbeitszeit der Lehrkräfte nach der europäischen Arbeitszeitrichtlinie erfassen? Für den Streitfall sei das ohne Bedeutung, so der Vorsitzende Richter bereits in der mündlichen Verhandlung. Die GEW sieht das anders. Die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung folgt ihrer Ansicht nach aus der Richtlinie und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Wäre das Land Niedersachsen dieser Pflicht nachgekommen, so hätte es viel früher auf die offensichtliche Überlastung des Schulleiters reagieren müssen.
Die GEW wartet nun die schriftliche Urteilsbegründung ab und entscheidet dann über weitere Schritte. Am Ziel einer Arbeitszeiterfassung für die rund 840.000 Lehrkräfte in Deutschland wird die GEW festhalten. „Arbeitszeiterfassung ist Gesundheitsschutz", betont Finnern. „Das gilt für Lehrkräfte genauso wie für alle anderen Beschäftigten. Daran ändert auch dieses Urteil nichts." ■



Foto: Oliver Weiße

DER EHEMALIGE SCHULLEITER UND GEW-KOLLEGE FRANK POST WILL SICH AUCH WEITERHIN GEGEN DIE ÜBERLASTUNG DER LEHRKRÄFTE UND FÜR EINE SYSTEMATISCHE ERFASSUNG DER ARBEITSZEIT ENGAGIEREN.

# DER MANN, DER DIE ZEIT FESTHIELT

**JEANNETTE GODDAR**
freie Journalistin

*Grundschulrektor Frank Post protokollierte ein Jahr lang jede Arbeitsminute – und zog mit Unterstützung der GEW bis vor das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG). Nun hat er in letzter Instanz verloren. Warum sein Kampf gegen ein veraltetes Arbeitszeitmodell dennoch nicht umsonst war.*

Jahrelang hat Frank Post für die Anerkennung seiner geleisteten Überstunden gekämpft – und damit stellvertretend für Tausende Lehrkräfte. Am 17. September endete dieser Weg vor dem BVerwG mit einer bitteren Enttäuschung. Wer überlastet sei, müsse Aufgaben liegen lassen, statt eigenmächtig mehr zu arbeiten, so das Gericht. Die rund 31.000 Euro, die ihm die Vorinstanz noch zugesprochen hatte, sind damit hinfällig.
Bei der Urteilsverkündung fiel Post, der mit einer größeren GEW-Delegation im Gerichtssaal saß, vor allem eines auf: Deutschlands oberstes Verwaltungsgericht wich in einem entscheidenden Punkt von der Argumentation einer Vorinstanz ab. Denn das Verwaltungsgericht Hannover – das die Klage 2020 ebenfalls abgewiesen hatte – hatte begründet, Post arbeite sicher engagiert und hart, aber vielleicht setze er die falschen Schwerpunkte und delegiere zu wenig. So stand es damals in der Lokalpresse. Das BVerwG urteilte nun, als Beamter könne er nicht eigenmächtig seine Arbeitszeit erhöhen; und der Dienstherr habe ihn

dazu nicht aufgefordert. Werde die Zeit knapp, müsse eine Überlastung angezeigt und Aufgaben müssten gegebenenfalls zurückgestellt werden, so das Gericht in der mündlichen Begründung – die schriftliche lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

„Interessant“ findet Post nun, dass zwei verschiedene Gerichte ihm sein Recht mit unterschiedlichen Begründungen verweigert haben. Dem Schulalltag gerecht werde indes keines der Urteile: „Hätte ich eine obligatorische Schulstatistik nicht erstellen oder ein Elterngespräch nicht führen, obwohl die Hütte brannte – und erst einmal das Ergebnis meiner Überlastungsanzeige abwarten sollen?“, fragt er eher rhetorisch. Denn die Antwort kann er sich im Grunde selbst geben: „Am Ende muss doch entscheidend sein, dass nicht die Kinder, die dringend auf Bildung angewiesen sind, darunter leiden.“

Dass er viel arbeitet, war Post immer klar. Erst als Lehrer für Deutsch und Geschichte, später als Leiter einer Grundschule – stets war mehr zu tun, als das sogenannte Lehrdeputat auch nur im Ansatz widerspiegeln konnte:

> *„Das Problem ist, dass die Arbeit von Lehrkräften noch immer nach Regeln aus dem 19. Jahrhundert bezahlt wird.“*
>
> FRANK POST,
> EHEMALIGER SCHULLEITER

Vorbereitungen, Korrekturen, Konferenzen, Elterngespräche, Verwaltungsaufgaben, Kooperationen und noch einiges mehr. Ohnehin war der gebürtige Baden-Württemberger nicht in den Schuldienst gegangen, um stur Wissen einzutrichtern. Sein stetes Ziel: die Chancen der Menschen verbessern, die es nicht so leicht haben – und ihnen zugleich vermitteln, wie die kapitalistische Welt tickt, in der sie leben. „Ich wollte mit Hauptschülern Brecht lesen“, erklärt er trocken.

>>>





**Klinik am Steigerwald**
Waldesruh
97447 Gerolzhofen
Tel: 0 93 82 / 949 - 0
info@tcmklinik.de

# Burn-out Schmerzen Chronische Erschöpfung (CFS)

BEIHILFEFÄHIG

30 JAHRE KLINIK AM STEIGERWALD
erfahren, empathisch, kompetent

## Bewährtes therapeutisches Konzept bei Erschöpfungs-Syndrom in der Klinik am Steigerwald

**Die Klinik am Steigerwald verfügt über 30 Jahre Erfahrung in der Behandlung des chronischen Erschöpfungssyndroms (CFS/ME) und chronischer Schmerzerkrankungen mit den Möglichkeiten der Chinesischen Medizin (TCM).**

Manchmal steht ein über Jahre sich entwickelndes Burn-out hinter einer Erschöpfung, manchmal auch chronische Entzündungen oder andere immunologische Dauerthemen. Häufig entwickeln sich mit der Zeit zudem chronische Schmerzen an Rücken, Gelenken oder am Kopf.

**Wir nehmen uns Zeit für die Patienten**

Eine Besonderheit der Chinesischen Medizin ist, dass sie die Symptomsprache des Menschen ernst nimmt und auf besondere Weise interpretiert. Die wichtigste Säule ist dabei die chinesische Arzneitherapie. Individuell zusammengestellte Arzneirezepturen bilden die Grundlage, unterstützt von Gesprächen, Akupunktur, Diätetik, QiGong sowie intensiver Körpertherapie in Einzelsitzungen (60 Min.) und Kleingruppen. Wichtig: Die Schulmedizin wird bei Bedarf herangezogen. Dem Klinikaufenthalt schließt sich in der Regel eine ambulante Behandlung an, um die therapeutischen Erfolge zu stabilisieren und auszubauen.

**So klären Sie Ihre Behandlungs-Chancen:**

- Bestellen Sie online oder telefonisch die Unterlagen der Klinik am Steigerwald.
- Füllen Sie den Anfragebogen mit Ihrem Beschwerdebild aus und senden diesen an uns zurück (gern auch über den QR-code)
- Ein Arzt der Klinik wird daraufhin für Sie kostenfrei anrufen, um die Möglichkeiten der Therapie mit Ihnen ausführlich zu besprechen.

Das Arztgespräch dient Ihrer Information und ist unverbindlich.

Tel. 0 93 82 / 949 - 0

- BEIHILFEFÄHIG
- AKUTAUFNAHME MÖGLICH

**www.tcmklinik.de**

>>> Als er Schulleiter wurde, entwickelte Post in Hannover-Leinhausen eine Schule, die möglichst viel seiner Vorstellung von Chancengleichheit umsetzte. Er brachte die Schule in Kontakt mit dem Stadtteil, führte mit dem Klassenrat ein Mitbestimmungsinstrument für Schülerinnen und Schüler ein, setzte Inklusion um, hielt mit seinen Kolleginnen und Kollegen engen Kontakt zu Kitas und kämpfte um Sprachförderung. Vor 15 Jahren wurde die Grundschule Fuhsestraße eine offene Ganztagsschule. Schon das, erklärt Post, habe ihn in Zeiten der „eigenverantwortlichen Schule“ bei wenig Ressourcen zum Manager gemacht: 71 Mitarbeitende aus sechs „Rechtskreisen“ galt es zu koordinieren, von Kooperationspartnern über Caterer bis hin zu Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrkräften.

Man könnte auch sagen: Post ist ein Pädagoge des 21. Jahrhunderts. „Das Problem ist nur, dass die Arbeit von Lehrkräften noch immer nach Regeln aus dem 19. Jahrhundert bezahlt wird“, sagt er. Das Modell der Bezahlung nach Unterrichtsstunden lasse all die Arbeit, die Lehrkräfte und Schulleiterinnen und -leiter für einen förderlichen und fördernden Schulbetrieb leisten müssen, im Unsichtbaren. „Dass die Europäische Union und das Bundesarbeitsgericht längst vorgeben, dass ein Arbeitgeber die Arbeitszeit seiner Beschäftigten systematisch erfassen muss, ist in den Kultusministerien immer noch nicht angekommen“, argumentiert Post. Die Frage, ob die Arbeitszeit der Lehrkräfte nach EU-Recht systematisch erfasst werden muss, ließ auch das BVerwG ausdrücklich offen.

## Wöchentliche Mehrarbeit von fast neun Stunden

Dabei könnten die für Bildung zuständigen Ministerien gemeinsam mit den Landesregierungen längst mehr darüber wissen, wie wenig Unterrichtszeit mit Arbeitszeit zu tun hat. Bereits 2016 belegte eine von dem Göttinger Sozialwissenschaftler Frank Mußmann erstellte und der Max-Traeger-Stiftung der GEW geförderte Studie: Lehrkräfte arbeiten im Durchschnitt deutlich mehr als die im niedersächsischen Beamtengesetz festgelegten 40 Stunden.

Post, seit vielen Jahren in der GEW aktiv, nahm als eine von 2.500 Lehrkräften an der Arbeitszeitstudie teil. Ab April 2015 trug er ein Jahr lang in einer App ein, was er arbeitete. Seine wöchentliche Mehrarbeitszeit: 8 Stunden, 42 Minuten. Unterstützt von der GEW klagte Post gegen die Arbeitsbelastung. „Allerdings nicht sofort“,

DAS BUNDESVERWALTUNGSGERICHT IN LEIPZIG HAT KLAR GEURTEILT: LEHRKRÄFTE MÜSSEN ZUR NOT AUCH IN DER LAGE SEIN, DIE QUADRATUR DES KREISES ZU SCHAFFEN.



Foto: mauritius images/Ikon Images/Gary Waters

betont er. Die GEW Niedersachsen habe zunächst versucht, mit dem Kultusministerium ins Gespräch über ein verändertes Arbeitszeitmodell zu kommen. „Wir hatten den Eindruck, die Göttinger Studie wird schon ernst genommen“, erinnert sich Post. Doch als sich nicht wirklich etwas bewegte, zog er vor Gericht.

## Ein langer Weg durch die Instanzen

Zwischen dem Hannoveraner Urteil von 2020 und dem Leipziger Urteil vom 17. September dieses Jahres waren Post und die GEW jedoch auch einmal auf offenere Ohren gestoßen: Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg erkannte im zurückliegenden Jahr – unter expliziter Einbeziehung der Göttinger Vergleichsdaten – 5 Stunden und 48 Minuten Zuvielarbeit pro Woche an. Dass die Richter dabei im Grunde urteilten, er hätte manches vielleicht schneller erledigen können, störte Post nicht: „Entscheidend ist, dass die Richter klar gesehen haben: Wenn das Kultusministerium als Dienstherr keine Daten über die Arbeitszeit von Lehrkräften vorweisen kann, gilt die aus Göttingen gelieferte wissenschaftliche Grundlage.“ Das Land Niedersachsen wollte das Lüneburger Urteil und die drohende Nachzahlung von 31.000 Euro jedoch nicht akzeptieren und zog vor das Bundesverwaltungsgericht – mit dem nun bekannten Ausgang.

Auch wenn die jahrelange juristische Auseinandersetzung mit einer Niederlage endete, soll der Kampf aus Posts Sicht nicht umsonst gewesen sein. Und tatsächlich hat der 70-Jährige, der seit vier Jahren pensioniert ist, das Problem der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte bundesweit sichtbar gemacht. „Um mich persönlich ging es mir nie“, sagt er rückblickend, „sondern darum, zusammen mit meiner Gewerkschaft mehr Gerechtigkeit herzustellen.“ Seine Hoffnung für die Zukunft: dass es der GEW gelingt, beim Thema Arbeitszeiterfassung den politischen Druck auf den „Dienstherren“, also die Landesregierungen, zu erhöhen. „So ist das im Leben“, sagt er, „wenn der eine Weg nicht weiterführt, muss man einen anderen suchen.“ ■


STAMMZELLSPENDE IN DER SCHULE

DSD
GEMEINSAM BLUTKREBS BESIEGEN



90 MINUTEN, DIE ETWAS BEWEGEN KÖNNEN.

Unser DSD Workshop bringt das Thema Blutkrebs und Stammzellspende direkt ins Klassenzimmer. Junge Erwachsene erfahren verständlich und fundiert, wie Stammzellspende funktioniert und wie sie selbst helfen können.

Wir kommen zu Ihnen, bringen alle Materialien mit und übernehmen die Kosten. So wird aus Wissen Engagement und aus einem einfachen Wangenabstrich die Chance, einmal ein Leben zu retten.



JETZT WUNSCHTERMIN FÜR DAS SCHULJAHR 2026/27 SICHERN!

Deutsche Stammzellspenderdatei (DSD) gGmbH
Altener Damm 50 · 06847 Dessau Roßlau

**Kontakt:**
**illmann@deutsche-stammzellspenderdatei.de**
**www.deutsche-stammzellspenderdatei.de**




Foto: Werner Bachmeier

ALEXANDER DIEPOLD IST GRÜNDER UND GESCHÄFTSFÜHRER DER MADHOUSE GGMBH IN MÜNCHEN.



# „NICHT VON SCHLECHTEN ELTERN“

**JEANNETTE GODDAR**
freie Journalistin

*Seit bald 40 Jahren kämpft das Projekt Madhouse in Bayern für die Bildungschancen von Sinti und Roma, die im Schulsystem oft stark benachteiligt werden. Die in der Jugend- und Erziehungshilfe tätige gemeinnützige GmbH baut Brücken zwischen Familien, Schulen und Behörden, um tief verankerte Vorurteile abzubauen.*

Seine Biografie klingt fast zu unwahrscheinlich, um wahr zu sein: Mit 18 Jahren gründete Alexander Diepold, der selbst große Teile seiner Kindheit in Heimen verbracht hatte, als sogenannter Präfekt ein ganz neuartiges „familienanaloges“ Wohnprojekt mit schwer verhaltensauffälligen Jugendlichen. Mit 25 rief er 1987 für eine ähnliche Zielgruppe zunächst im bayrisch-schwäbischen Aichach das Madhouse ins Leben – ein Haus der „Verrückten“, aber auch der Zornigen. Acht Jahre später zog das Madhouse nach München um.
Über seine eigenen Wurzeln wusste Diepold, der inzwischen Sozialpädagoge geworden war, wenig. Doch

als er begann, mit jungen Sinti zu arbeiten, erkannte ihn eine alte Frau: als Sohn einer Sinteza, die als Mädchen in einem Auffanglager für Obdachlose und sozial Benachteiligte im Münchner Hasenbergl – dem „Frauenholz“ – gelebt hatte. Die Antworten, die Diepold von seiner Mutter erhielt, führten ihn in eine Familiengeschichte aus Verfolgung, Lagerunterbringung und Ausgrenzung – Erfahrungen, die für viele deutsche Sinti und Roma nach dem Ende des Nationalsozialismus nicht endeten.

Noch heute haben sechs von zehn der 18- bis 25-jährigen Sinti und Roma keine Berufsausbildung.

Alexander Diepold verstand nicht nur, wie eng seine eigene Biografie mit seiner Herkunft verknüpft war. Er erkannte auch, wie viele Sinti und Roma von genau den Problemen, mit denen er im Madhouse zu tun hatte, betroffen waren: Diskriminierung, Armut, gesellschaftlicher Ausschluss. Er definierte die Zielgruppe noch einmal neu. Heute gehören ambulante Erziehungshilfen, Familienberatung, ein heilpädagogisches Kleinstheim, Schulmediations- sowie erinnerungspolitische Projekte – darunter ein jährlicher Gedenktag an die Deportation Münchner Sinti und Roma – zum Programm. Das Hauptaugenmerk der 49 Mitarbeitenden der gemeinnützigen GmbH liegt auf Sinti und Roma. „Viele leben in prekären Verhältnissen“, sagt Diepold, „auch wenn es natürlich auch gut integrierte Sinti und Roma gibt.“ Die Zahl der Sinti in München schätzt er auf 10.000, die der Roma auf mindestens 5.000.

Statistisch gehören Sinti und Roma zu den am meisten benachteiligten Minderheiten in Deutschland, auch in der Bildung. Eine von der Hildegard-Lagrenne-Stiftung – deren Geschäftsführer Diepold ebenfalls ist – geförderte Studie des Mannheimer RomnoKher-Hauses von 2021 weist niedrigere Bildungsabschlüsse, strukturelle Hürden beim Zugang zu Bildung – etwa durch überdurchschnittlich häufige Zuweisungen an Förderschulen – und Diskriminierung nach. Die Folge: Sechs von zehn der 18- bis 25-jährigen Sinti und Roma haben keine Berufsausbildung.

In seiner Arbeit treibt Diepold neben Diskriminierung oft das Thema Angst um. „Das Misstrauen gegenüber Behörden wie Schulen ist enorm“, sagt er, „sei es, weil Sinti-Familien die Deportation und Vernichtung ihrer Angehörigen im Nationalsozialismus erinnern oder weil sie erst jüngst aus Osteuropa kamen, wo viele bis heute nicht nur am Rande der Gesellschaft leben, sondern regelrecht verfolgt werden.“ Nicht immer sei die Ausgrenzung mit der Ankunft in Deutschland dann beendet: „Als 2022 Hunderttausende Geflüchtete aus der Ukraine kamen, habe nicht nur ich beobachtet, dass Roma-Familien in Not- und Sammelunterkünften von anderen Geflüchteten getrennt wurden und nicht

> *„Wir haben Jugendliche, die glauben, bestimmte Eigenschaften zu haben, weil ihnen das ständig zugeschrieben wird. Manche sind schon als Kinder überzeugt, ganz tolle Händler zu sein – dafür müssten sie ja nicht zur Schule gehen.“*
>
> ALEXANDER ADLER,
> MEDIATOR BEI MADHOUSE MÜNCHEN

>>>









HILDEGARD LAGRENNE WURDE 1921 GEBOREN UND WUCHS IM RHEINLAND AUF. IM MAI 1940 WURDE SIE MIT IHRER FAMILIE UND WEITEREN SINTI- UND ROMA-FAMILIEN IN KONZENTRATIONSLAGER IM NATIONALSOZIALISTISCH BESETZTEN POLEN DEPORTIERT.

NACH DER BEFREIUNG ZOG SIE MIT ÜBERLEBENDEN FAMILIENANGEHÖRIGEN, DARUNTER IHRE BEIDEN BRÜDER, NACH MANNHEIM. AB 1981 WAR SIE MITARBEITERIN BEIM ZENTRALRAT DEUTSCHER SINTI UND ROMA UND AB 1991 IM DOKUMENTATIONS- UND KULTURZENTRUM DES ZENTRALRATS IN HEIDELBERG. SIE TRAT IN VIELEN SCHULEN AUF UND WURDE ZU EINER ÜBERREGIONAL BEKANNTEN PERSÖNLICHKEIT DER BÜRGERRECHTSBEWEGUNG DER DEUTSCHEN SINTI UND ROMA. VOM LEBEN UND VON DER GESCHICHTE IHRER FAMILIE ERZÄHLT DAS 1983 VERÖFFENTLICHTE JUGENDBUCH „DA WOLLTEN WIR FREI SEIN!“. ES WAR DAMALS DAS ERSTE BUCH, DAS JUNGE MENSCHEN IN FORM VON ORAL HISTORY ÜBER DAS SCHICKSAL UND LEBEN DEUTSCHER SINTI INFORMIERTE. DIE VOM HERAUSGEBER 2015 ALS BOOK-ON-DEMAND VERÖFFENTLICHTE NEUAUSGABE IST IM BUCHHANDEL ERHÄLTLICH.

NACH IHREM TOD 2007 WURDE 2012 DIE NACH IHR BENANNTE HILDEGARD-LAGRENNE-STIFTUNG GEGRÜNDET. DIESE HAT DAS ZIEL, GEGEN ANTIZIGANISMUS IM BILDUNGSBEREICH ZU WIRKEN, UND UNTERSTÜTZT KINDER, JUGENDLICHE WIE AUCH ERWACHSENE SINTI UND ROMA IN IHREN BILDUNGSKARRIEREN.

>>> einmal gleichberechtigten Zugang zu sanitären Anlagen hatten.“

Um Bildungsteilhabe zu erleichtern, betreibt das Madhouse seit 2011 das Schulmediationsprogramm „Khetni“. Zwei Zweierteams begleiten Familien, Schulen und Behörden bei Konflikten, Schulabstinenz oder schwierigen Übergängen im Bildungssystem; eins davon vor allem ukrainische Roma-Familien. Alle Mediatorinnen und Mediatoren haben einen Sinti- oder Roma-Hintergrund: „Schon die Sprache schafft Vertrauen“, sagt Diepold. „Hinzu kommt, dass viele sich leichter öffnen, wenn sie das Gefühl haben, Probleme in der eigenen Community besprechen zu können.“

Einer der Mediatoren ist Alexander Adler. Im Team mit seiner Mutter bietet er an fünf Schulen im Münchner Norden Sprechstunden an; auf Anfrage reisen sie stadtweit an. Vor allem für die Schulen, an denen sie regelmäßig präsent sind – seine Mutter teils schon seit 15 Jahren –, zieht er eine positive Bilanz: „Die Schulabwesenheiten haben deutlich abgenommen, die Kommunikation hat sich verbessert, ebenso das Verständnis füreinander.“

Ein regelmäßiges Thema bleibe die „Kulturalisierung“ von Problemen, die sich mit der sozialen Lage erklären ließen: „Wenn wir es mit Familien zu tun haben, die sich weder Schuhe noch Stifte leisten können, hat das mit Bildungsdistanz nichts zu tun“, betont Adler. Zugleich warnt er vor der Macht der Stereotype. Diese wirkten nicht nur bei Lehrkräften, sondern auch innerhalb der Minderheit selbst. „Wir haben Jugendliche, die glauben, bestimmte Eigenschaften zu haben, weil ihnen das ständig zugeschrieben wird“, berichtet Adler. „Manche sind schon als Kinder überzeugt, ganz tolle Händler zu sein – dafür müssten sie ja nicht zur Schule gehen.“

Fragt man Adler, ob er sich als Anwalt des Kindes oder als Brückenbauer zwischen Sinti oder Roma und den Schulen sieht, ist seine Antwort klar: „Ich sehe mich als Anwalt des Rechts auf Bildung. Und das setzt sich durch gegen die Eltern, das setzt sich durch gegen die Schule und, wenn es sein muss, auch gegen das Kind selbst.“ Wobei es Abstufungen gebe: „Wenn ich eine Schaustellerfamilie habe, die seit fünf Generationen ein Gewerbe betreibt, und der Sohn macht seit seinem siebten Lebensjahr beim Vater eine Ausbildung, dann ist dessen berufliche

Zukunft gesichert. Wenn der jetzt nicht regelmäßig in die Schule kommt, setze ich mich nicht so vehement ein, wie wenn ein junges Mädchen gezwungen wird, von Bildung fernzubleiben.“

Oft habe er mit Lehrkräften zu tun, die alles richtig machen wollen – und gerade deshalb unsicher werden. „Viele Lehrerinnen und Lehrer werden plötzlich besonders vorsichtig, wenn sie ‚Sinti‘ oder ‚Roma‘ hören.“ Trotz guter Absichten entstehe daraus schnell eine Andersbehandlung. Adlers Gegenfrage lautet häufig: „Was würden Sie bei einem russischstämmigen Kind machen? Oder bei einem deutschen Kind? Oder bei einem Kind aus der Türkei?“ Wie tief unbewusste Bilder verankert sind, zeigt eine Anekdote: Adler erinnert sich an eine Klassenfahrt, die er auf Bitten der Lehrerin als Mediator begleitete. Unterwegs bemerkte diese bedauernd, es seien gar keine Sinti-Kinder mitgekommen. Dabei saßen mehrere im Bus. Sie entsprachen nur nicht dem Klischee der Lehrerin.

## Ausbildung von Schulmediatorinnen und -mediatoren sowie digitale Schulungsprogramme

Tatsächlich ist das Bild der Sinti und Roma in Deutschland vielfältig. Das zeigt auch die Hildegard-Lagrenne-Stiftung – benannt nach Hildegard Lagrenne, der 2007 verstorbenen Überlebenden des NS-Genozids und langjährigen Mitarbeiterin des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg –, die 2012 aus der Community selbst gegründet wurde und bundesweit Einzelpersonen, Vereine und Initiativen fördert. Weil Diepold hier Geschäftsführer ist, fließen viele Erfahrungen des Madhouse ein: Bundesweit unterstützt die Stiftung die Ausbildung von Schulmediatorinnen und -mediatoren. Und sie hat ein digitales Schulungsprogramm für die staatliche Prüfung zu Sozialassistentinnen und -assistenten entwickelt, die in Erziehung, Pflege und Hauswirtschaft helfen. „Es war uns ein Anliegen, Sinti und Roma ohne Ausbildung in eine Qualifizierung zu bringen, damit sie entsprechend entlohnt werden können“, erklärt Diepold. Aktuell stehen zwölf Menschen kurz vor ihrem pädagogischen Abschluss. Für Lehrkräfte interessant ist auch eine Materialsammlung der Lagrenne-Stiftung, die Biografien erfolgreicher Sinti und Roma vorstellt. Der Titel: „Nicht von schlechten Eltern.“ ■

Weiterführende Infos: **kurz.gew.app/ew-10-26**





**Erschöpft vom Schulalltag?**
**Wir sind für Sie da.**

Lehrkräfte tragen eine immense Verantwortung, oft bis an die Grenzen der Belastbarkeit.

**Unsere Privatkliniken bieten gezielte Hilfe bei:**
- Burnout, Erschöpfung, Angst
- Schlafproblemen, psychosomatischen Beschwerden
- Chronischem Stress durch den Berufsalltag



In geschützter Atmosphäre bieten wir individuelle Therapiekonzepte – diskret, professionell und mit Verständnis für die besonderen Herausforderungen Ihres Berufs.

◆ Klinik Spreewald
◆ Klinik Bad Waldsee
◆ Klinik Burg Wernberg

**Warten Sie nicht, bis es zu viel wird!**

Kontaktieren Sie uns für ein unverbindliches Beratungsgespräch: Tel. 09604 710 301 999, info@vincera-kliniken.de oder hier:

Vincera Privatkliniken für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie
Vincera Holding GmbH | Schlossberg 10 | 92533 Wernberg-Köblitz
**www.vincera-kliniken.de**

**Wir retten Lebensmittel vor Ort. Und schützen dadurch Lebensräume weltweit.**



**Wir machen uns stark für unsere Mitmenschen und engagieren uns gegen Verschwendung.**

Tafeln sind Orte der Begegnung. Die über 940 Tafeln in Deutschland helfen allen Menschen, die Hilfe benötigen. Unabhängig von Alter, sozialer oder ethnischer Herkunft, Nationalität, Religion oder Weltanschauung, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung oder Beeinträchtigung.
**www.tafel.de**

TAFEL DEUTSCHLAND

artgerecht

# „POLITISCHE POLARISIERUNG UND SPALTUNG HABEN ZUGENOMMEN“



Foto: Ines Janas

*Wenn Jugendliche sich von Lehrkräften, die auch Vertreter des Staates sind, unfair behandelt fühlen, verlieren sie teilweise das Vertrauen in den Staat.*

PROF. MARIUS BUSEMEYER,
UNIVERSITÄT KONSTANZ

**INTERVIEW: MICHAELA LUDWIG**
freie Journalistin

*Eine Studie* der Universität Konstanz hat die Einflüsse der Schulform, der sozialen Herkunft und regionaler Kontexte auf die politische Orientierung Jugendlicher untersucht. E&W hat einen der Autoren, den Politikwissenschaftler Prof. Marius Busemeyer, zu den Ergebnissen befragt sowie danach, welche Konsequenzen sich daraus für die politische Bildung an Schulen ergeben.*

**E&W:** Die Ergebnisse Ihrer Studie zeigen eine starke politische Sozialisierung Jugendlicher zwischen dem zwölften und 14. Lebensjahr, gleichzeitig werden die Unterschiede zwischen Gymnasien und anderen Schulformen größer. Wie kommt es zu dieser Entwicklung?

**Prof. Marius Busemeyer:** Diese Jahre sind entscheidend für die politische Sozialisierung. Jugendliche interessieren sich mehr für politische Themen und entwickeln eigene Einstellungen. Unsere Umfragedaten belegen, dass Jugendliche bereits im Alter von etwa 14 Jahren klar erkennbare und differenzierte Muster parteipolitischer Identifikation aufweisen. Gleichzeitig wissen wir auch, dass Jugendliche aus bildungsnahen Haushalten tendenziell ein eher höheres politisches Interesse haben und dass diese Jugendlichen eher aufs Gymnasium gehen. Aus diesen Gründen bilden sich die Unterschiede zwischen den Jugendlichen der verschiedenen Schultypen in dieser Zeit etwas stärker heraus.

**E&W:** Sie haben die Jugendlichen auch nach ihrer Parteipräferenz befragt. Welchen Zusammenhang zum Bildungshintergrund konnten Sie feststellen?

**Busemeyer:** Die parteipolitischen Präferenzen der befragten 14-Jährigen hingen stark mit der besuchten Schulform zusammen. Die AfD erhielt über die untersuchten Bundesländer hinweg die höchste Zustimmung unter Jugendlichen mit niedrigem Bildungshintergrund an nichtgymnasialen Schulen, die geringste an Gymnasien und unter Jugendlichen aus höheren Bildungsschichten. Bei den Jugendlichen in Gymnasien und denjenigen aus höher gebildeten Schichten konkurrieren die Linkspartei und die Grünen um die Sympathie der Jugendlichen.

**E&W:** Gelten diese Beobachtungen für alle untersuchten Bundesländer?

**Busemeyer:** Nein. Die Präferenzen spiegeln relativ stark die Stimmungslage der Erwachsenen wider, aber auch die Organisationskraft der Parteien und ihre Verankerung in lokalen Milieus. In Baden-Württemberg etwa hat sich durch die Landespolitik der vergangenen Jahre ein eher schwarz-grünes Milieu verfestigt. In Ostdeutschland hat die AfD inzwischen lokale Strukturen aufgebaut und sich fest etabliert. Interessant ist darüber hinaus, dass die Linkspartei im Verhältnis zu den Grünen stark aufgeholt hat. Besonders in Schleswig-Holstein verzeichnet sie hohe Sympathiewerte, vor allem unter höher gebildeten und weiblichen Jugendlichen.

**E&W:** Sie sprechen von einer politischen Polarisierung.

**Busemeyer:** Früher war die junge Generation eher links eingestellt. Heute sehen wir eine stärkere Aufspaltung in unterschiedliche politische Lager, die auch mit den verschiedenen Schultypen korreliert. Auf lange Sicht betrachtet ist das eine neue Tendenz.

**E&W:** Welche Rolle spielt Schule bei der Entwicklung politischer Einstellungen?

**Busemeyer:** Die Freundesnetzwerke, die sich dort herausbilden und eine zunehmend politische Dimension annehmen, spielen eine wichtige Rolle. Auch die Schultypen sind entscheidend, weil sie unterschiedliche Gruppen zusammenbringen. Hinzu kommen die konkreten Erfahrungen, die Jugendliche im Schulkontext machen. Wir haben beispielsweise herausgefunden, dass die Wahrnehmung unfairer Behandlung im Schulkontext politische Einstellungen beeinflussen kann. Wenn Jugendliche sich von Lehrkräften, die auch Vertreter des Staates sind, unfair behandelt fühlen, verlieren sie teilweise das Vertrauen in den Staat. Das sind erste Erfahrungen mit staatlichen Institutionen, die das Bild vom Staat langfristig prägen können.

**E&W:** Welche Konsequenzen ergeben sich aus den Ergebnissen Ihrer Studie für die politische Bildung?

**Busemeyer:** Aus unseren Befunden lässt sich ableiten, dass politische Bildung insbesondere in nichtgymnasialen Schulzweigen gestärkt werden sollte. Auch Jugendliche in diesen Schultypen zeigen ein durchaus hohes Interesse an politischen Themen – und damit Potenzial für politische Bildung. Gerade angesichts der zunehmenden Polarisierung sollten Schulen stärker als demokratiebildende Räume verstanden werden. Politisches Interesse und die Unterstützung demokratischer Werte dürfen nicht von Schultyp oder Bundesland abhängen. Besonders wichtig ist politische Bildung dort, wo unterschiedliche soziale Milieus zusammenkommen. Die Jugendjahre bieten die Chance, ein solides Fundament gemeinsamer demokratischer Werte aufzubauen. ■

*Studie „Politische Polarisierung in der Schule? Entwicklungstendenzen unter Jugendlichen im Bundesländervergleich.“:
**kurz.gew.app/ew-10-26**

# GEGEN AFD UND AUSGRENZUNG

**MATTHIAS HOLLAND-LETZ**
freier Journalist

*Der Betriebsrat des Hamburger Kita-Trägers Elbkinder hat für seine Plakataktion „Demokratie und Vielfalt“ den Deutschen Betriebsrätepreis 2026 in Silber erhalten.*

Das Plakat zeigt das mit KI generierte Foto einer Erzieherin, die einen Hidschab trägt und damit als Muslimin erkennbar ist. Dazu den Kinderreim „Zehn kleine Zappelmänner/sind auf einmal weg“. Als harter Kontrast folgt das Zitat eines AfD-Mannes, der sich ausländerfeindlich äußert und einen neuen Holocaust herbeifantasiert. Am Schluss steht die klare Botschaft: „In unseren Einrichtungen ist kein Platz für rechtsextremes Gedankengut oder diskriminierende Haltungen.“ Ein weiteres Plakat gibt das Zitat eines AfDlers wieder, der von einem Bürgerkrieg träumt, wieder ergänzt durch das Bekenntnis gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung.
Die beiden Motive gehören zu einer Plakatserie, für die der Betriebsrat (BR) der Elbkinder Vereinigung Hamburger Kitas gGmbH – Hamburgs größter Kita-Träger – Mitte September mit dem Deutschen Betriebsrätepreis in Silber in der Kategorie „Große Gremien“ (ab 17 Mitgliedern) ausgezeichnet wurde. „Ein sichtbares Zeichen für Offenheit, Respekt und ein klares Nein zu Ausgrenzung“, lobt die Jury, zu der Expertinnen und Experten aus Gewerkschaften, Wissenschaft und praktischer Betriebsratsarbeit gehörten. „Diese Plakate wirken wie ein Schlag in die Magengrube“, erklärt BR-Mitglied Tim Hansen. „Wir wollen zeigen, dass man sich gegen Fremdenfeindlichkeit stellen muss, gegen Hass und Hetze, für Demokratie.“ Die Kampagne trägt den Namen „Demokratie und Vielfalt“. Sie solle auch unterstreichen, wie wichtig Beschäftigte mit Migrationshintergrund in den Kitas der Elbkinder sind, betont Hansen. In der gemeinnützigen Kita-GmbH arbeiten Menschen auch mit afrikanischen, türkischen, polnischen oder portugiesischen Wurzeln. Inklusive Tochterfirmen sind bei den Elbkindern 7.300 Frauen und Männer beschäftigt, 32.000 Kinder werden hier betreut. Der BR hat 33 Mitglieder, davon neun voll freigestellt, 24 in Teilfreistellung, sechs Mitglieder gehören der GEW an, die Mehrheit der Mitglieder stellt ver.di.

> *Kolleginnen und Kollegen haben sich geöffnet und über ihre eigene Fluchterfahrung gesprochen.*
>
> TIM HANSEN,
> BETRIEBSRAT ELBKINDER

Die Idee für die Plakataktion sei 2025 entstanden. Hansen, der neben seiner BR-Arbeit als Erzieher in einer Kita im Stadtteil Farmsen-Berne tätig ist, berichtet weiter: Beteiligt war unter anderem die Betriebsratsvorsitzende Marina Jachenholz (ver.di). Den Anstoß gab der damals amtierende Vorsitzende des BR-Öffentlichkeitsausschusses Roland Schneider (ebenfalls ver.di). „Im Ausschuss haben wir an der Idee immer weiter gefeilt.“ Dann wurde sie im Plenum des BR vorgestellt. Dort sei die Frage aufgetaucht, ob die Aktion nicht zu heikel sei. Diskutiert wurde zudem: „Inwieweit darf sich ein Betriebsrat politisch engagieren?“ Schließlich gab der BR grünes Licht.
Die Aktion startete im Spätsommer 2025 und lief bis zum Ende der Amtszeit des damaligen BR im Mai 2026.
Der Betriebsrat präsentierte die Plakate auf Betriebsversammlungen der Elbkinder-Einrichtungen, etwa im

Bürgerhaus Wilhelmsburg oder im Congress Centrum Hamburg. Auch digital waren die Plakate auf den Intranetseiten des BR zu sehen. Wie haben die Beschäftigten reagiert? „Überwiegend positiv“, antwortet Hansen. Kolleginnen und Kollegen mit Einwanderungsgeschichte hätten „sich geöffnet und über ihre eigene Fluchterfahrung gesprochen“. Ängste seien benannt worden. Beschäftigte berichteten über den Alltagsrassismus, den sie immer wieder erlebten.

Dem Elbkinder-Betriebsrat mangelt es auch sonst nicht an Themen. So habe die Geschäftsführung in den vergangenen Monaten Stellen von Kolleginnen und Kollegen, die in Rente gingen, nicht nachbesetzt, berichtet Hansen. Die Folge: Mehrarbeit für die Beschäftigten. „Arbeitsverdichtung findet definitiv statt.“ Der BR befasst sich zudem immer wieder mit dem mäßigen Zustand vieler Gebäude. Etliche Kita-Räume befinden sich in alten Häusern, was sich auf die Arbeitsbedingungen auswirkt. So fehlt es im Sommer an Sonnenschutz. Auch der Lärmschutz ist lückenhaft. Und in vielen Kitas kommt die energetische Sanierung nicht voran, weil das Geld fehlt.

Der Qualifizierungsausschuss des BR beschäftigt sich – in Abstimmung mit dem Arbeitgeber – zudem mit der Frage, wie sich die Fachkräfte der Elbkinder weiterqualifizieren lassen. Der BR werde auch das Thema Vielfalt und Demokratie wieder aufgreifen. Hansen versichert: „Der Einsatz für Menschlichkeit und gegen Fremdenhass hat kein Ablaufdatum.“ ■

Der Deutsche Betriebsrätepreis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“, die im Bund-Verlag erscheint. Er zeichnet herausragende Beispiele betrieblicher Mitbestimmung aus. Prämiert werden Projekte kleiner, mittlerer und großer Gremien. Der Preis wird seit 2009 vergeben. In diesem Jahr wurde die bundesweit bedeutendste Auszeichnung für betriebliche Mitbestimmung erstmals in Berlin auf dem Betriebsratsforum #BR26 verliehen. MHL




2025 HAT DER DAMALIGE BETRIEBSRAT DES HAMBURGER KITA-TRÄGERS ELBKINDER DIE PLAKATAKTION INITIIERT, WOFÜR ER JETZT MIT DEM DEUTSCHEN BETRIEBSRÄTEPREIS IN SILBER GEEHRT WURDE.

Foto: Roland Schneider

# DGB-AUSBILDUNGSREPORT: AZUBIS PSYCHISCH AM LIMIT

**KLAUS HEIMANN**
freier Journalist

*Die psychischen Belastungen der Auszubildenden haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verschärft: Leistungs- und Zeitdruck, Geldsorgen, Wohnungsnot und globale Krisen belasten ihren Alltag. Dies geht aus dem Ende August veröffentlichten Ausbildungsreport des DGB hervor.*

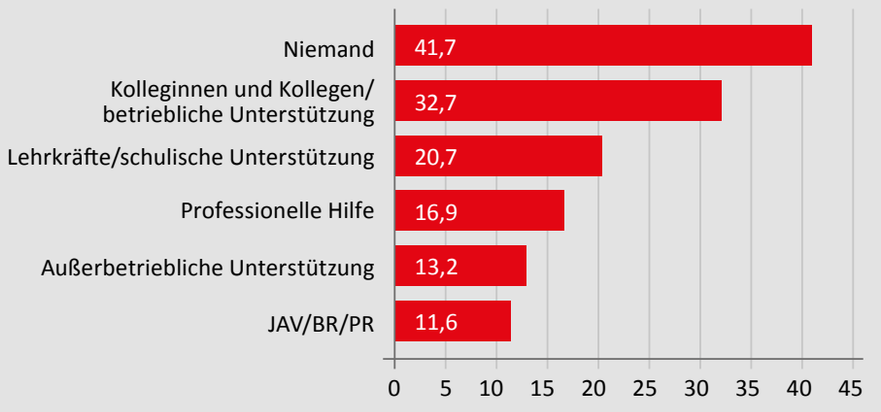
Gut die Hälfte aller Azubis (51 Prozent) leidet unter psychischen Belastungen. Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und geopolitische Krisen spielen zwar eine Rolle. Am stärksten belastet viele Auszubildende aber weiterhin ihr Ausbildungsalltag. Besonders Leistungs- und Zeitdruck setzen ihnen zu, stellt der DGB-Ausbildungsreport 2026 fest. Personalmangel, Verantwortungsdruck, fehlende Planbarkeit und ständige Erreichbarkeit erhöhen den Druck zusätzlich. „Gute fachliche Anleitung, planbare Arbeitszeiten, ausreichend Zeit für Erholung und Aufgaben, die dem Ausbildungsziel dienen, können Belastungen reduzieren“, sagt DGB-Bundesjugendsekretärin Nina Krüger. Für viele wird der Abbruch der Ausbildung zu einer denkbaren Option: 49 Prozent der stark belasteten Auszubildenden denken häufig darüber nach.
Zusätzlich wirken sich Probleme im Privatleben auf die psychische Gesundheit aus. Die Hälfte fühlt sich durch ihre finanzielle Lage belastet, gut ein Drittel durch eine schwierige Wohnsituation. Nebenjobs, die Pflege Angehöriger und Kindererziehung kommen hinzu; sie betreffen jeweils knapp jeden zehnten Azubi. Auch globale Krisen verschärfen den Druck: Krieg, Terrorismus, wirtschaftliche Unsicherheit und die Klimakrise erleben viele Auszubildende als zusätzliche Belastung.

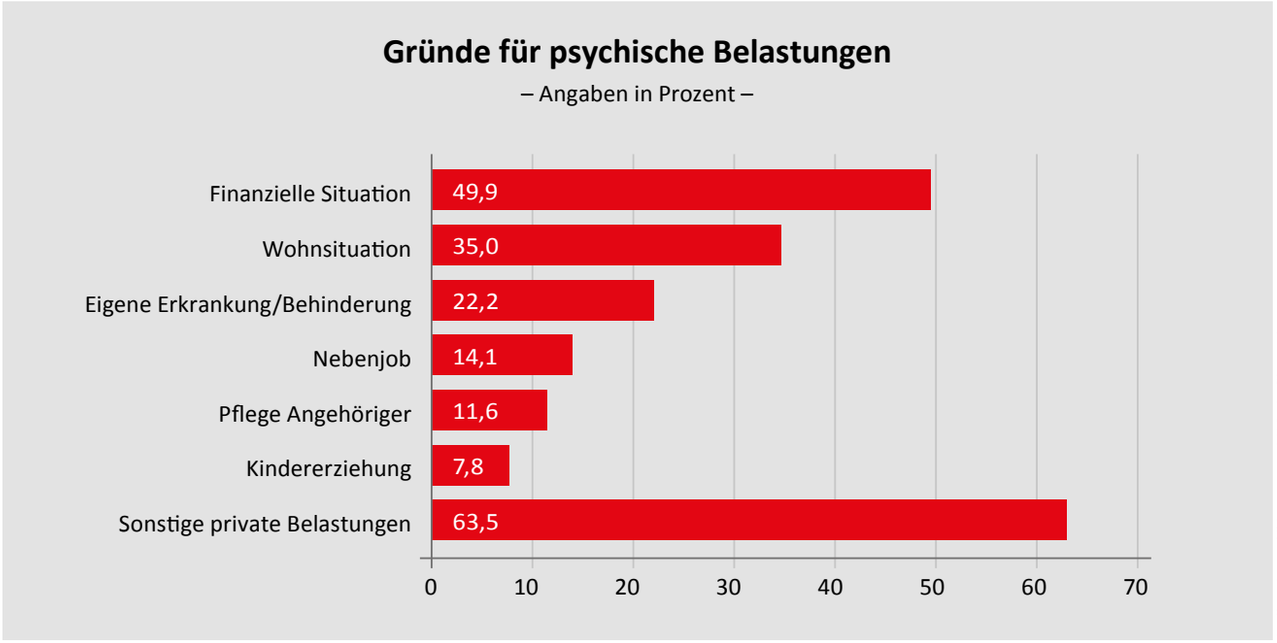
## Viele bleiben mit ihren Problemen allein.

Wenn psychische Belastungen auftreten, ist verlässliche Unterstützung wichtig. Doch 42 Prozent der Azubis haben niemanden, mit dem sie darüber sprechen kön-

**Mit wem kannst du über psychische Belastungen sprechen?**

– Angaben in Prozent –






Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2026 · Grafiken: zplusz

nen. Nur knapp 60 Prozent der Betroffenen kennen eine Person oder ein Angebot, an die beziehungsweise das sie sich wenden können. Etwa ein Drittel nennt Kolleginnen und Kollegen im Betrieb als Anlaufpunkt. Gut jede und jeder fünfte Befragte verweist auf Lehrkräfte und schulische Unterstützungsangebote. Aus Sicht des DGB reicht das aber nicht: „Wir brauchen niedrigschwellige Ansprech- und Beratungsangebote, die in solchen Situationen für die Azubis verfügbar sind. Dazu gehören auch verpflichtende Fortbildungen zu mentaler Gesundheit für das Ausbildungspersonal“, fordert Krüger.

## Berufsschulen und Betriebe sind gefordert.

DGB und GEW halten die bisherigen Unterstützungsmöglichkeiten der Berufsschulen für unzureichend. „Wenn die Hälfte aller Jugendlichen von psychischen Belastungen betroffen ist, müssen die Berufsschulen strukturell in die Lage versetzt werden, adäquate und bedarfsdeckende Unterstützungsangebote zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört die systematische Einbindung externer Unterstützungsangebote und eine sozialräumliche Vernetzung der Schulen“, beschreibt Krüger die Position des DGB.
Für Lehrkräfte an Berufsschulen seien psychische Gesundheitsprobleme bei Azubis keine neue Erfahrung. Sie nähmen sie schon länger als „starke Belastung“ wahr, ergänzt Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung. In „multiprofessionellen Teams“, also in der Zusammenarbeit verschiedener Fachkräfte, sieht Becker eine wirksame Strategie. Zugleich verweist er auf Grenzen: „Die Analyse und die Behandlung mentaler Probleme können nur entsprechend ausgebildete Fachkräfte leisten.“
Trotzdem sei die Berufsschule der richtige Ort, um die Probleme anzusprechen, weil „dort alle Auszubildenden zu erreichen sind“. Unterstützungsstrukturen in den Betrieben erreichen dagegen nicht alle und „die Kammern sind zu weit weg vom Ausbildungsgeschehen“, so Berufsbildungsexperte Becker.
Die Betriebe dürften aber die Verantwortung für psychisch belastete Auszubildende nicht allein den Berufsschulen übertragen. Mentale Gesundheit dürfe nicht länger als „nachrangiges Thema“ gelten. Sie müsse zukünftig fester Bestandteil betrieblicher und schulischer Verantwortung sein, so das Fazit des DGB-Ausbildungsreports 2026.
Laut dem Ausbildungsreport haben sich die Rahmenbedingungen in der betrieblichen Ausbildung verschlechtert. Mehr als jeder dritte Azubi (35,4 Prozent) leistet regelmäßig Überstunden – durchschnittlich 3,2 Stunden pro Woche. Zudem führen Azubis immer öfter ausbildungsferne Tätigkeiten aus – 16,3 Prozent „immer“ oder „häufig“. Oft fehlt selbst kurz vor Ende der Ausbildung eine Übernahmeperspektive: Bei 37,1 Prozent ist selbst im dritten Ausbildungsjahr unklar, ob sie übernommen werden. ■

DGB-Ausbildungsreport 2026: **kurz.gew.app/ew-10-26**

## *PETITION ZU „SCHULE ZEIGT HALTUNG“ ÜBERGEBEN*

*Mehr als 260.000 Menschen* haben die Petition „Schule zeigt Haltung – Lehrkräfte stärken gegen Hass und Hetze“ unterzeichnet. Ein Bündnis aus GEW, Greenpeace, Teachers for Future Germany, Bundesschüler*innenkonferenz, Deutscher Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und Eltern gegen Rechts übergab dem Generalsekretär der Kultusministerkonferenz (KMK), Udo Michallik, Anfang September in Berlin die Listen. Hintergrund sind zunehmend systematische Angriffe auf die politische Bildung – oft unter Berufung auf ein vermeintliches Neutralitätsgebot vor allem aus der AfD beziehungsweise aus dem Umfeld der Partei.
In der Petition werden unter anderem klare Leitlinien und Rechtssicherheit von Ministerien und Schulaufsicht, mehr Beratung sowie zusätzliche Ressourcen zur Stärkung politischer Bildung gefordert. Demokratische Grundwerte zu vermitteln, sei Kernaufgabe der Schule. Es brauche mehr Personal und Unterstützung für alle, die mit Hass an Schulen konfrontiert sind.
Siehe dazu die GEW-Broschüre „Mythos Neutralität. Demokratie stärken und Haltung zeigen im Schulalltag“:
**kurz.gew.app/ew-10-26**

## *KITAS ÜBERLASTET*

*Trotz zurückgehender Kinderzahlen* sehen sich viele Kitas einer Umfrage zufolge am Limit. Zwei Drittel der befragten knapp 3.300 Einrichtungen hielten den Personalschlüssel für unzureichend, heißt es im neuen Kita-Bericht des Paritätischen Gesamtverbands, der Anfang September veröffentlicht wurde. Rechnerisch fehlten 107.000 pädagogische Beschäftigte, obwohl bundesweit mehr als 550.000 Kita-Plätze derzeit ungenutzt seien.
Dort, wo weniger Kinder kämen, schrumpften die Kita-Teams, heißt es in dem Bericht weiter. In Sachsen etwa gingen in jedem zweiten Team mehr Fachkräfte weg, als neue hinzukämen. Ähnlich angespannt sei die Lage in Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. 65,3 Prozent der Fachkräfte gaben an, dass sie mit dem vorhandenen Personalschlüssel den Bedürfnissen der Kinder nicht gerecht werden könnten. Besondere Personalengpässe gebe es in Einrichtungen mit vielen Kindern aus sozial benachteiligten Familien. Dort reiche der Personalschlüssel oft nicht, um den Sprachförderbedarf zu decken.
Der Verband fordert einen „Sozialindex“ in der Kita-Finanzierung, also besonders viele Ressourcen dort, wo Armut, Migration und Inklusionsbedarf die Lage besonders schwierig machen. Die GEW setzt sich für ein Kita-Qualitätsgesetz mit „bundeseinheitlichen, strukturellen Standards“ ein. Einrichtungen mit besonders hohen sozialen Belastungen sollten zusätzliche Ressourcen für sprachliche Bildung und Kita-Sozialarbeit erhalten.

## *MEHR AUSLÄNDISCHE BERUFSABSCHLÜSSE ANERKANNT*

*In Deutschland* werden immer mehr ausländische Berufsabschlüsse anerkannt. Im vergangenen Jahr bewilligten die Behörden dem Statistischen Bundesamt zufolge 86.600 Anträge – knapp 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Vergleich zu den Vorjahren 2024 und 2023, als die Zahl der Anerkennungen um 21 und 25 Prozent stieg, verlangsamte sich aber das Wachstum.
Die meisten Anerkannten stammten 2025 wie schon in den vergangenen Jahren aus der Türkei (9.800), die auf einen Anteil von 11 Prozent aller Anerkannten kommt. Zudem wurden rund 8.300 Anerkennungen aus der Ukraine gemeldet. Stark vertreten waren ferner Berufsabschlüsse aus Syrien (6.100), Indien und Tunesien (je 5.400).

## *RABATT FÜR GEW-MITGLIEDER*

*Vom 12. bis 14. November 2026* findet der diesjährige Deutsche Schulleitungskongress (DSLK) in Düsseldorf statt. Zur größten Fachveranstaltung dieser Art im deutschsprachigen Raum werden über 3.000 Schulleitungen und Führungskräfte aller Schulformen erwartet. Der DSLK versteht sich als Ort der Begegnung: Keine Einzelstimmen, sondern starke Netzwerke sollen die Zukunft der Schule mitgestalten. Die GEW ist seit diesem Jahr Bildungspartnerin des DSLK. Mitglieder erhalten deshalb mit einem Rabattcode vergünstigte Tickets. Infos zum Mitgliederrabatt für den Schulleitungskongress:
**kurz.gew.app/ew-10-26**

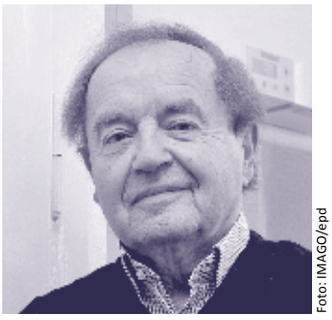


Foto: IMAGO/epd

HANS TRAXLER

# EIN KÜNSTLER FÜR DIE BILDUNG

*Zum Tod des Satirikers Hans Traxler*

Es gibt Künstlerinnen und Künstler, die begegnen einem zunächst nur über ihre Werke. Hans Traxler, Mitgründer der Satirezeitschriften „Pardon“ und „Titanic“, war so ein Künstler für mich. Seine vor mehr als 50 Jahren – in der Hochphase der westdeutschen Studierendenbewegung – entstandene Zeichnung „Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche“ (die Idee dazu geht auf ein Gedicht seines kongenialen Satirikerkollegen F. W. Bernstein zurück) kannte ich schon, bevor ich etwas über ihn wusste. Später – als junger Bildungsredakteur einer Tageszeitung – begegnete mir Traxlers Zeichnung „Chancengleichheit“, in der mehrere Tiere – darunter ein Affe, ein Fisch und ein Elefant – vom „Lehrer“ die Anweisung bekommen, im Sinne einer angeblich gerechten Auslese auf einen Baum zu klettern.




Karikatur: Freimut Woessner

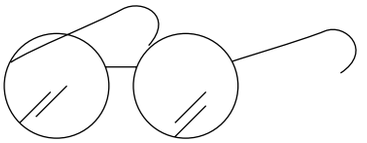
Dieses Motiv nutzte die GEW über Jahrzehnte, um gegen die soziale Selektion im deutschen Schulsystem zu protestieren.

Es hat bis heute nichts an Aktualität verloren.

Traxler war Teil der sogenannten Neuen Frankfurter Schule, zu der neben F. W. Bernstein unter anderen Robert Gernhardt, Chlodwig Poth und F. K. Waechter gehörten. Zu seinem 90. Geburtstag wünschte der damalige E&W-Redaktionsleiter Ulf Rödde ihm noch viele Jahre „bei bester Gesundheit und Schaffenskraft“. Sieben Jahre waren ihm noch vergönnt. Am 24. August starb Hans Traxler im Alter von 97 Jahren in Frankfurt am Main.

**JÜRGEN AMENDT**
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

# MITGLIEDERFORUM



## *REICHTUM IST EINE FORM DER GEWALT*

*(E&W 7-8/2026, SEITE 32 F.: „DEUTSCHLAND IST EIN REICHES LAND“)*

(…) Macht anzuhäufen führt zu weiterer Anhäufung von Reichtum und somit weiterer Anhäufung von Macht. Wenn jemand aushandeln kann, wenige Steuern zu zahlen, und Medien besitzt, die seine Überzeugungen zu Besteuerung und Regulierung ständig wiederholen, führt das zu einer Nähe zwischen Regierungen und Milliardären, die Letztere immer mächtiger und reicher macht. Die Superreichen kapern den demokratischen Prozess. Die Macht der Milliardäre gefährdet die Demokratie. Ein großer Teil unserer demokratischen Krise ist auf den Verlust an Souveränität zurückzuführen und auf das Gefühl, dass wir unsere wirtschaftliche Zukunft nicht wirklich kontrollieren – Milliardäre und Finanzmärkte entscheiden über uns. Superreiche sind auf sich selbst fixiert. (…)
Extremer Reichtum ist wie ein schwarzes Loch, das große Macht ansaugt. Reichtum ist eine Form der Gewalt. Doch die Menschen schlagen mithilfe der Gewerkschaften zurück, wenn sie sozial verletzt worden sind. Darum: Her mit dem Geld!! Es ist höchste Zeit, die Staatsfinanzen zukunftssicher und fair umzubauen. Die Superreichen, die in den vergangenen Jahrzehnten am meisten profitierten, sollten, müssen die Hauptlast bei Steuern und Beiträgen stemmen!!
Ulrich Bald, Hagen

## *STÖRFAKTOR RELIGIONSUNTERRICHT*

*(E&W 7-8/2026, SEITE 40 F.: „CHANCE BEKENNTNISFREIE SCHULE“)*

Ich bin GEW-Mitglied. Und Religionslehrer. Beim Lesen von „Chance bekenntnisfreie Schule“ beobachte ich eine subtile Diskriminierung der Religionslehrer*innen. Sie passen nicht ins Konzept der angestrebten bekenntnisfreien Schule. Ihr bisher ordentliches Lehrfach soll verschwinden. Die solidarische Frage, welche Folgen das für die Religionskolleg*innen hat, wird nicht gestellt.
Der bekenntnisorientierte Religionsunterricht wird als Störfaktor empfunden. Seine konfessionelle Prägung gilt als Nachteil. Das Bekenntnis zu religiös fundierten Werten wie Nächstenliebe oder zu dem, „was Menschen Gott nennen“, wird als trennend wahrgenommen. Die Lösung: Ein neues „bekenntnisneutrales“ Fach (interessanterweise gibt es in anderem Kontext eine Publikation der GEW mit dem Titel „Mythos Neutralität“) soll an die Stelle von Religion treten, nicht als Alternative, sondern als Ersatz. Es wäre für alle verpflichtend. Die Freiheit, sich aus „Glaubens- und Gewissensgründen“ abzumelden, gäbe es nicht mehr.
Ich frage mich, ob die auf den ersten Blick als Chance wahrgenommene Lösung nicht in letzter Konsequenz in eine Richtung weist, an deren Ende die Einebnung von Pluralität und der Verlust von Bekenntnis-Freiheit stehen.
Gregor Müller, Nordhausen

## *STEILE THESE*

*(E&W 7-8/2026, SEITE 42 F.: „DEUTSCH WIRD WAHNSINNIG IDEALISIERT“)*

Die recht steile These, „es mache keinen Unterschied, ob Deutsch als erste oder als zweite Sprache gelernt werde“, damit Deutsch nicht mehr „wahnsinnig idealisiert“ werde, kollidiert zeitlich zufällig mit schon wieder unheilschwangeren Noten in schriftlichem Deutsch von fast 4.800 Schülern im Ersten Allgemeinbildenden Abschluss in Hamburg (ESA, 9. Klasse) und gut 3.700 im Mittleren Abschluss (MSA, 10. Klasse). Die ESA-Durchschnittsnote 4,18, beim MSA 3,62 und ebenso schwache

Mathematik-Leistungen (ESA 5+/MSA 4) lassen für die Schüler beträchtliche Probleme im nächsten Lebensabschnitt erwarten. (…) Die im Beitrag zitierte Referentin der Volkssolidarität hat recht, dass Kinder Sprache am besten in ihrer Lebenswelt lernen sollten – in Deutschland also bewusst vorrangig Deutsch. Als Eltern mit Deutsch und Indonesisch als jeweiliger erster Sprache und Kultur wäre es uns vor Jahrzehnten nie in den Sinn gekommen, unsere in England geborenen und aufwachsenden Kinder dort nicht auf Englisch anzusprechen und in englische Kinder- und Jugendgruppen und Schulen einzugliedern. In England kam Deutsch in der Tat später.
Thomas Martini, Hamburg

## *FALSCHER EINDRUCK VON DER AFD*

*(E&W 7-8/2026, SEITE 48: „DIESMAL“)*

Die Karikatur auf der Rückseite der E&W-Ausgabe 7–8/2026 hat mich irritiert. Mir ist bewusst, dass Karikaturen satirisch zuspitzen. Dennoch sehe ich Parteien-Bashing nicht als Aufgabe einer demokratischen Bildungsgewerkschaft. Die Karikatur vermittelt den Eindruck, die AfD wolle den Nationalsozialismus aus dem Geschichtsbewusstsein ausklammern. Eine entsprechende Forderung konnte ich – auch nach eigener Recherche im sächsischen Landesprogramm – nicht finden. Es geht mir nicht darum, die AfD zu verteidigen oder Kritik an ihr infrage zu stellen. Kritik sollte jedoch auf überprüfbaren Tatsachen beruhen. Gerade wir im Bildungswesen orientieren uns am Beutelsbacher Konsens: Kontroverses soll als kontrovers dargestellt und Lernende sollen zur eigenständigen Urteilsbildung befähigt werden. Diesem Anspruch sollte auch die GEW verpflichtet sein. Mit einer Darstellung, die einen anderen Eindruck erweckt, möchte ich als Mitglied nicht in Verbindung gebracht werden.
Johannes Bühling, Leipzig

## *ARROGANTE ATTITÜDE*

*(E&W 9/2026, SEITE 26 FF.: „DEMOKRATIE AUF DEM RÜCKZUG? – RECHTS OBEN“)*

E&W berichtet darüber, dass in Mecklenburg-Vorpommern viele Jugendliche zur AfD tendieren, da sie, so wird der Journalist Olaf Sundermeyer zitiert, „junge Leute ernst“ nehme. Auf der Titelseite wird das unter der Überschrift „Bedrohte Demokratie“ gehandelt. Wie bitte? Nicht die Jugend, sondern diese arrogante Attitüde ist demokratieverachtend, frei nach Bert Brecht: „Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“
Hasso Spode, Berlin

## Kontakt

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**
Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.
Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.
Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.
Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



Ihre Anzeige in der Zeitschrift E&W: **www.erziehungundwissenschaft.de**




Flut
**Nepal**

Eine verheerende Sturzflut hat in Nepal Hunderte Menschen getötet. Helfen Sie jetzt – mit Ihrer Spende!

**Aktion-Deutschland-Hilft.de**

Aktion Deutschland Hilft
Bündnis der Hilfsorganisationen



**TOSKANA**
Urlaub im BIO-Weingut.
Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche.
Ermäßigung für GEW-Mitglieder!
**Tel./Fax** 0039-571-408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Die Quintenzirkeluhr
webshop.uvds-design.com

**Ihr Testament kann Bildung schenken.**
**Ermöglichen Sie faire Chancen für Kinder weltweit – mit Ihrem Vermächtnis.**
Mehr Infos:
**plan.de/laecheln**
PLAN INTERNATIONAL

**www.schulorganisation.com**
**Dokumentation**
**Organisation**
**Rechtssicherheit**
02521 29905-10
SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

# DIESMAL




DIALOG DER WÖLFE

Karikatur: Thomas Plaßmann